

# Sozialdemokrat

## Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Havlíčkovo nám. 82. Einzelpreis 70 Heller. Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 10,- Kč. Telefon 6795, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag, vierjährlich 48,- Kč, halbjährlich 96,- Kč, ganzjährig 192,- Kč. Für Deutschland 10,- Mk. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

### Regierungskrise in Österreich

Wien, 28. September. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) Die Krise der Regierung Schöber scheint aktuell werden zu wollen. Jedenfalls wird der Finanzminister Dr. Grimm zurücktreten, wenn auch gestern noch die Krise offiziell bementiert wurde. Im Finanzausschuss erstattete Dr. Grimm heute über den Stand der Kreditaktion Bericht und teilte mit, daß auf die zeitweiligen Vorschüsse ein Betrag von 200 Millionen Schilling zur Verfügung stehe; da aber die Verhandlungen noch nicht beendet sind und wir den ganzen Betrag von mindestens zwei Millionen Pfund für notwendig halten, wird der Finanzminister wahrscheinlich in den nächsten Tagen wieder in London und in Genf vorstellig werden. Die Kreditaktion selbst ist ausschließlich abhängig von der Aufhebung des Pfandrechts durch Amerika.

Bei der Beratung des Gesetzes über die Länderbank und die Anglobank führte Bundeskanzler Dr. Schöber aus, die Annahme der beiden Gesetze sei deshalb notwendig, weil aus der Ablehnung sich schwere politische Konsequenzen ergeben würden, da der französische Gesandte erklärt habe, die Ablehnung würde die nachteiligsten Wirkungen für die Kreditaktion des Bundesbundes zur Folge haben. Der Bundeskanzler verlangte also, daß beide Gesetze noch vor dem 7. Oktober angenommen werden und stellte ziemlich unerbittlich in Aussicht, daß, wenn die Gesetze nicht angenommen würden, die Regierung sich gezwungen sehen würde, zu demissionieren. Der Ausschuss verlegte sich auf morgen, weil morgen die Großdeutschen ihre Entscheidung treffen werden. Wenn die Großdeutschen sich für die Annahme dieser beiden Gesetze erklären würden, würde wohl eine Demission der Gesamtregierung verhindert werden, aber der Finanzminister, dessen Stellung schon durch den schlechten Stand der Kreditaktion erschüttert ist, würde jedenfalls gehen.

### Bandenuntriebe in Westungarn.

Wien, 28. September. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) Heute um 9 Uhr vormittags wurde in einigen Dörfern Westungarns ausgetrommelt, daß in den nächsten Stunden Militär einrücken werde, für welches Quartiere bereitgestellt werden müssen. Es kommen immer mehr Nachrichten, daß ungarische Banditen vorhaben, das Kohlenrevier Neufeld anzugreifen und zu besetzen, da in der Nähe sich bereits ungarisches Militär und Banden versammelt.

Budapest, 28. September. (W.A.S.) Aus Oedenburg wird gemeldet: Heute nachts ist es zwischen Kaszarköbánya und Warndorf zu einem Feuerkampf zwischen Reichswehrtruppen und Ausländischen gekommen. Einzelheiten stehen noch aus.

### Die österreichische Regierung bereit, Oedenburg abzutreten?

#### Eine Neuentdeckung.

London, 28. September. Reuter zufolge besteht Grund zu der Annahme, daß die österreichische Regierung vollkommen bereit sein würde, ihren Streit mit der ungarischen Regierung über das Burgenland, auf der Grundlage der Ueberlassung Oedenburgs an Ungarn beizulegen. Die verschiedenen Regierungen der Welt haben den Allierten mitgeteilt, daß sie bereit sind, bei allen Zwangsmaßnahmen, die von den Allierten gegenüber Ungarn beschlossen werden sollten, mitzuwirken. — (Unsere österreichischen Genossen stehen nach wie vor auf dem Standpunkt: Erst das Burgenland räumen und dann nach dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes Volksbestimmung.)

### Ein Wort an Masaryk.

Sie haben, Herr Präsident, vor einigen Tagen in Breslau in der Antwort auf eine an Sie gerichtete Beschwerde versichert, daß Sie dahin wirken wollen, daß Gerechtigkeit und Menschlichkeit zur Richtschnur des Handelns der Behörden werde. In Ihren Worten liegt die Bestätigung, daß auch Sie die Notwendigkeit erkannt haben, daß der Schutz des Rechtes ein stärkerer werde und daß mehr als bisher die Menschlichkeit das Wirken der Staatsgewalt bestimme. Wenn Sie, Herr Präsident, Ihre Versprechen erfüllen wollen — und wir zweifeln nicht daran, daß es Ihnen damit voller Ernst ist — dann, so glauben wir, dürfen Sie nicht ermangeln, eine Tat zu setzen, welche dazu beitragen würde, hunderten Menschen weiteres Leid zu ersparen, bei Tausenden die Verbitterung und das Gefühl des schwer erschütterten Rechtsbewußtseins zu bannen, ganz abgesehen davon, daß auch Klugheit und politische Einsicht in gleichem Maße diese Tat notwendig erscheinen lassen. Es handelt sich um die endliche Beseitigung der Folgen der Urteilsprüche, die nach den Dezemberereignissen von den eigens dazu bestellten Ausnahmegerichten über hunderte von Menschen gefällt wurden, von denen viele noch heute die Kerker füllen. Wohl können Sie, Herr Präsident, in diesem Falle die urteilssprechenden Richter nicht mehr, um mit Ihren Worten zu sprechen, zu Gerechtigkeit und Menschlichkeit zurückzuführen, denn diese Richter haben bis zu den letzten Instanzen hinauf ihr Urteil gefällt, doch es gilt, die bei der Rechtsprechung ihren ordentlichen Richtern entzogenen Menschen von den Färten und Grausamkeiten der Strafgesetze zu

Orte der Tat entfernt sind.

Sie haben auch nicht, was Volkrichter wohl getan hätten, bei der Urteilsfindung — wobei wir auch alle übrigen Beurteilungen im Auge haben, — die Zeitumstände berückichtigt, unter denen die inkriminierte Tat begangen wurde. Die Richter haben nicht berückichtigt, daß die Angeklagten eine menschlich mildere Beurteilung verdienten, weil sie sich der Tat in gährender Zeit, da manche ehemals starre Begriffe eine Verschiebung und Erschlüpfung erfahren hatten, schuldig machten und sie haben nicht in Betracht gezogen, daß ihr hartes Urteil schmerzlos bestützend wirken mußte in einer Zeit, da so manches Unrecht und manche Gewalt, die in den letzten Jahren an Angehörigen und Einrichtungen einzelner Nationen begangen wurde, so gut wie ungesühnt geblieben ist. Und schließlich haben die Richter — wir wissen: sie durften es nicht tun — nicht an die politischen Folgen ihrer mehr als strengen Urteilsprüche gedacht, nicht daran, daß es nicht einer einsichtigen Staatsraison entsprechen kann, politische Märtyrer einer Partei zu schaffen, deren Wachstum nicht den Wünschen der Staatslenker entspricht.

Es ist eine offenkundige Tatsache, daß es gerade diese harten Urteile waren, welche weite Teile der Arbeiterklasse, vor allem der tschechischen, der kommunistischen Partei zuführten. Ihre tiefe Kenntnis der Geschichte, Herr Präsident, lehrt Sie, daß Verfolgungen auf die Dauer das allerunterschiedlichste Mittel darstellen, eine Bewegung zu bekämpfen und wir rennen gewiß bei Ihnen, Herr Präsident, offene Türen ein, wenn wir behaupten, daß die kommunistische Bewegung unter der Arbeiterklasse nur mit geistigen Mitteln abgegraben werden kann und nicht mit Polizeimitteln.

Herr Präsident, man nennt Sie den heiligsten Mann Ihrer Nation und wir schließen uns diesem Urteile rückhaltlos an. Wir sagen das nicht, um Ihnen zu schmeicheln, denn aller eisse Personenkultus liegt uns fern, wir sagen es, weil wir darin die Voraussetzung unserer Erwartung erblicken. Daß Sie das Vorkrecht, das Ihnen Ihre Stellung verleiht, zur Ausfüllung eines Kapitels verwenden werden, das wahrlich nicht zu den erfreulichsten in der sozialen und Rechtsgeschichte des Staates gehört. Sie sind Zeit Ihres Lebens der ehelichen Ueberzeugung gefolgt, auch dann, wenn Sie sich dadurch zu nicht unerheblichen Teilen Ihres Volkes in Gegensatz gestellt haben, darum hoffen wir aufrichtig, daß sich auch in diesem Falle Ihre Besonnenheit und Ihre Unabhängigkeit von allen schlechten Räteberatern offenbaren wird, welche, sei es aus Kurzsichtigkeit oder politischer Voreingenommenheit Ihnen etwa in den Arm fallen wollten. Die Wahrheit ist, daß die gesamte Arbeiterschaft aller Nationen wegen der noch immer währenden Wirksamkeit der Ausnahmegerichtsurteile von Bitterkeit erfüllt ist und daß es ebenso ein Gebot der Gerechtigkeit und Vernunft ist, die Opfer dieser Justiz zu befreien. Herr Präsident, handeln Sie!

### Das Görlitzer Programm.

Auf dem Görlitzer Parteitag hat sich die deutsche Sozialdemokratie ein neues Programm gegeben, als erste aller sozialistischen Parteien ist sie an die durch die Entwicklung der Wirtschaft und Politik der letzten Jahre notwendig gewordene Programmrevision geschritten. Auf den Parteitagen der sozialistischen Parteien der verschiedensten Länder ist bereits der Wunsch nach einem den Zeitverhältnissen entsprechenden Programm laut geworden, die Schwierigkeiten, die sich einem solchen Beginnen entgegenstellen, haben jedoch bisher alle sozialdemokratischen Parteien davon abgehalten. Die Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands hat sich darum auf ihrem Parteitag in Leipzig gleich ein Aktionsprogramm gegeben, das die Forderungen zusammenfaßt, die das Proletariat in der nächsten Zeit durchsetzen will und auch die tschechoslowakische Partei hat auf ihrem Parteitag zu Wien ein ähnliches Aktionsprogramm beschlossen. Für die deutsche Sozialdemokratie in der tschechoslowakischen Republik war die Frage des neuen Parteiprogramms schon zur Zeit des Leipziger Parteitages 1919 aktuell, aber auch damals ist man davon abgekommen, weil die Zeit für ein neues Programm noch nicht gekommen schien.

Das sozialdemokratische Programm unterscheidet sich von anderen Parteiprogrammen dadurch, daß es nicht nur eine bloße Zusammenfassung von Forderungen einer bestimmten Schicht der Gesellschaft darstellt, sondern, daß es die Anwendung der Sozialwissenschaft auf die Politik ist. Seit Marx den wissenschaftlichen Sozialismus begründet hat, muß jedes sozialdemokratische Programm in die ökonomisch-soziale Entwicklung der Zeit hineinrechnet werden. Die Voraussetzung für die Aufstellung von Forderungen ist die Erkenntnis in die treibenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kräfte der Gegenwart und die sozialdemokratische Politik bezieht darin, diese treibenden Kräfte der kapitalistischen Gesellschaft, die auf den Sozialismus zusteuert, zu erkennen, um sie bewußt zu fördern, dem Sozialismus alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die ihm andere Gesellschaftsklassen entgegenwürfen. Das Programm der Sozialdemokratie Deutschlands, das auf dem Parteitag zu Erfurt 1891 beschlossen wurde, sängt demnach mit einer knappen, aber doch eingehenden Darstellung der wirtschaftlich-gesellschaftlichen Entwicklung an. Es ist noch heute ein Vergnügen, die klaren, einfachen und durchschlagenden Sätze zu lesen, in denen mit ein paar Strichen die Entwicklung zum Sozialismus dargestellt wird. Als Beispiel diene das folgende:

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heere trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Dieselben Eigenschaften weist das noch heute für uns gültige Programm der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs auf, das auf dem Parteitag zu Wien 1901 beschlossen wurde. Auch dafür diene ein einziger Satz als Beispiel:

Das Proletariat zu organisieren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und körperlich kampffähig zu machen und zu erhalten, ist das elementare Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich, zu dessen Durchsetzung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen wird.

oann eine Darstellung der spezifischen Entwicklung der kapitalistischen Ordnung im Kriege und nach dem Kriege verfolgt wäre. Aus der so dargestellten Entwicklung hätten zwangsläufig die Gegenwartsforderungen folgen müssen, die das sozialdemokratische Proletariat erhebt. Nichts von all dem! Die allgemeinen Grundlagen des Kapitalismus werden in einem einzigen Absatz folgendermaßen dargestellt:

Die kapitalistische Wirtschaft hat den wesentlichen Teil der durch die moderne Technik gewaltig entwickelten Produktionsmittel unter die Herrschaft einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Großbesitzern gebracht, sie hat breite Massen der Arbeiter von den Produktionsmitteln getrennt und in bestialische Proletarier verwandelt. Sie hat die wirtschaftliche Ungleichheit gesteigert und einer kleinen, im Ueberfluß lebenden Minderheit weite Schichten entgegengesetzt, die in Not und Elend verkommen. Sie hat damit den Klassenkampf für die Befreiung des Proletariats zur geschichtlichen Notwendigkeit und zur sittlichen Forderung gemacht.

Diese Darstellung kann man nicht anders als arnisch bezeichnen. Sie hält keinen Vergleich aus mit der wissenschaftlichen Präzision und zugleich der Blut, die in jedem Satz des Erfurter Programms steck. Ähnlich ist die kapitalistische Entwicklung nach dem Kriege weggekommen. Auch da ist der Kern nicht getroffen, einige allgemeine Erwägungen werden über den Kapitalismus angestellt, die in einem Leitartikel eines sozialdemokratischen Blattes ganz gut Platz finden können, in ein Programm jedoch keinesfalls gehören, weil ganz nebensächliche Dinge herausgehoben werden. So ist von der „wachsenden Abhängigkeit der bürgerlichen Presse von übermächtigen Wirtschaftsbildnern“ die Rede, was zwar eine unbestreitbare Tatsache ist, aber in die wenigen Sätze, aus denen ein sozialdemokratisches Programm in seinem prinzipiellen Teil bestehen muß und in denen gerade nur das Wesentliche zum Knappsten und Klarsten Ausdruck gebracht werden soll, ganz und gar nicht paßt.

Für den Geist, der die Schöpfer des Programms befehle, ist bezeichnend, daß man sich anfangs nicht entschließen konnte, das Wort **Klassenkampf** in den Programmtext hineinzunehmen. Der theoretische Führer der deutschen Mehrheitssozialisten **Cunow** widmete der Rechtfertigung der geplanten Hinzuefügung eines Artikels in der „Neuen Zeit“, in der er die Nichtigkeit und Unwendbarkeit der Darstellung des Klassenkampfes im kommunistischen Manifest für unsere Zeit leugnete. Im kommunistischen Manifest heißt es nämlich:

Unsere Epoche, die Epoche der Bourgeoisie, zeichnet sich dadurch aus, daß sie die Klassengegenstände vereinfacht hat. Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat.

Cunow führt nun dagegen an, daß in den letzten Jahrzehnten sich die Mittelschichten, welche zwischen Kapitalisten und Proletariern stehen, besonders rasch entwickelt haben und daß die sozialdemokratische Partei nicht mehr klein auf die Arbeiter, sondern auch auf diese Schichten reflektierte. So richtig diese Behauptung an und für sich ist, so falsch ist die Folgerung, die Cunow daraus zieht. Er sagt: „Ist unsere Partei aber keine bloße Klassenpartei, sondern ein Gemisch verschiedener Klassen, so kann sie auch nicht mehr im früheren Sinne **Klassenkampf** im politischen Dienste der Arbeiterklasse treiben; sie muß notwendig einen Ausgleich zwischen den Interessen der verschiedenen in ihr vertretenen Klassenenteile suchen.“ In Wahrheit geht jedoch die Entwicklung dahin, diese Mittelschichten zu proletarisieren. Die sogenannten Mittelschichten werden auf die Bahn des Klassenkampfes gedrängt, wie ihn die Arbeiter, die stets den Kern der sozialistischen Partei bilden werden, seit Jahrzehnten führen müssen. Schließlich hat man das Wort vom Klassenkampf doch in das Programm hineingenommen, aber wie Cunow sagt: „Aberndem wird das an unserer Parteipolitik gar nichts.“ Ein sonderbares Vorhaben!

Der Göttinger Parteitag hat das Zusammengehen der Mehrheitssozialisten mit den Vertretern der deutschen Volkspartei in einer Koalitionsregierung möglich gemacht. Das war eine taktische Absage an die Unabhängige Sozialdemokratie. Die Annahme des Programmtextes war eine weitere, die zur vollständigen Absage an die Unabhängigen. Aber die mehrheitssozialistische Presse wird doch eben geborenen Programms kaum selber froh, es meinen sich die Stimmen in ihrem eigenen Lager, die weder die taktische Entscheidung noch das Programm des Göttinger Parteitages für glückliche Beschlüsse halten. Das Göttinger Programm ist das Programm des reformistischen Flügel der Arbeiterbewegung. Nur durch die Ueberwindung des Reformismus wie des Putzschismus, können wir wieder zur Einheit und Einigkeit des internationalen Proletariats gelangen. An dem Tage, da wir diese Einigung, die wir heiß ersehnen, erreichen werden, wird die sozialistische Internationale das Göttinger Programm in aller Zukunft die Ein-

nigung nicht, denn nicht aus einer bestimmten Situation hervorgegangene Programme, sondern die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der Menschheit wird über die Zukunft der Arbeiterbewegung entscheiden.

### Inland.

#### Die Einlösung der Kriegsanleihe.

Daß nicht Raschin das Finanzportefeuille übernommen und daß sich Präsident Masaryk in Preshburg für die Einlösung der Kriegsanleihe ausgesprochen hat, läßt die Erwartung zu, daß sich der Staat seinen Verpflichtungen nicht entziehen werde. Seit nahezu drei Jahren steht diese Frage ungelöst zur Debatte. Unendlicher Schaden ist durch ihr Verschleppen nicht bloß den Kriegsanleihebesitzern, sondern vor allem dem Staate selbst zugefügt worden, der, wie das Ergebnis der letzten Staatsanleihe beweist, jeden Kredit eingebüßt hat. Während selbst jene Staaten, denen von den Siegern beinahe undorstellbare Tribute auferlegt wurden, bemüht sind, ihre Kriegsschulden zu begleichen und so ihren Kredit gegenüber den Staatsgläubigern nicht ganz zu untergraben, glaubte man hierzulande nach dem Recepte Raschins die Kriegsschuldenfrage einfach so zu erledigen, daß man ihr aus dem Wege ging. Der Staat, der die größten Aktiva aus dem Zusammenbruche Österreichs, 80 Prozent seiner Industrie, Kohlenbergwerke, den fruchtbarsten Teil des Reiches übernommen hat, entschloß sich bis heute der Anerkennung der Passiva. Raschin versuchte seinerzeit die Kriegsanleihefrage auf ein nationales Geleise zu schieben, aber gerade die tschechischen Banken waren es seinerzeit, die am lautesten für die Kriegsanleihebezeichnung geworben haben. Wohl ist es richtig, daß gerade diese Banken rechtzeitig ihre Kriegsanleihen abgestoßen haben, aber man dürfte nach drei Jahren endlich daraufkommen sein, daß nach dem Recepte „der Staat bin ich“, die Tschechoslowakei nicht die Binostenska banka ist. Die Frage der Kriegsanleiheeinlösung ist trotz der Umwandlungsgelegenheit in Staatsanleihe ungelöst geblieben, denn gerade die kapitalarmsten Kriegsanleihebesitzer, Menschen und Wohlhabensitalien, denen vielfach nichts anders geblieben ist, als Kriegsanleihe, konnten sie durch Aufzählung in Staatsanleihe nicht umtauschen. Und während ein Teil der Kapitalisten seine Kriegsanleihe in Staatsanleihe konvertiert hat, sind heute diejenigen im Besitze der Kriegsanleihe, die nicht die Möglichkeit zum Umlauf hatten.

Wir Sozialdemokraten stehen auf dem Standpunkt, daß die Kriegsanleihe so bald wie möglich eingelöst werden müsse: nicht nur deshalb, um tausende Menschen vor dem Untergang zu schützen. — Viele Kapitalisten konnten ihr Schicksal rechtzeitig ins Trockene bringen — sondern nach dem Grunde, daß alle Kapitalisten für die Kriegsschulden und nicht die zufälligen Besitzer von Kriegsanleihen aufzukommen haben. Die Forderung der Annullierung der Kriegsanleihe ist nichts anders als ein Mittelstück der tschechischen Bourgeoisie, ihre Schuldbiligkeit dem Staate gegenüber durch andere begleichen zu lassen.

„Pravo Lidu“ gegen die Sololausflüge ins deutsche Gebiet. Im „Pravo Lidu“ schreibt E. Hoffmann, Leitender, über die tschechischen Sonntagsexpeditionen in das deutsche Sprachgebiet unter anderem folgendes: „Taktische und Bestandesgründe sprechen gegen diese Fahrten für das Auge, welche soviel Staub aufwirbeln, jeden vor Langweile eingestrichelten deutschen Chaubinisten aufwecken, ohne daß die Dinge zu Gunsten der Minderheiten geändert würde. Viel nützlicher und wichtiger wäre es, die Position auf wirtschaftlichem, Schul- und kulturellem Gebiet zu stärken.“ In seinen weiteren Ausführungen glaubt Hoffmann, auszusprechen zu können, daß die Leute in den Minderheiten überzeugt sind, daß es zum deutsch-tschechischen Ausgleich kommen wird.

Die Parteienverhältnisse im Parlament. Gegenwärtig sind im Abgeordnetenhaus 285 Abgeordnete, und zwar 48 tschechische Sozialdemokraten, 41 tschechische Agrarier, 33 tschechische Klerikale, 28 Kommunisten, 25 tschechische Nationalsozialisten, 19 Nationaldemokraten, 7 Gewerdeparteiler, 4 Abgeordnete der Probefahrergruppe, 3 Modraceleute, 1 selbständiger Tscheche (Lesla). Weiters 28 deutsche Sozialdemokraten, 13 deutsche Agrarier, 19 Deutschnationalen, 9 deutsche Christlichsoziale, 5 deutsche Nationalsozialisten, 2 Deutsche Demokraten, sowie 6 ungarische Klerikale, 3 ungarische Sozialdemokraten. Die neue Regierung verfügt daher über eine Gefolgschaft von 166 Abgeordneten, die Opposition zählt 123 Abgeordnete.

Vor das ordentliche Gericht. „Rube Pravo“ veröffentlicht einen offenen Brief von sechs verurteilten Kommunisten aus Ungarisch-Pradisch, an den Justizminister, wovon der größte Teil konfiszieren ist. Aus dem nicht konfiszieren Teil ist zu entnehmen, daß die sechs Verurteilten verlangen, vor ein ordentliches Geschworenengericht gestellt zu werden und daß das Urteil des Ausnahmegerichts kasfiziert werde.

Eine Journalistenversammlung. Gestern vormittags fand im Magyars eine Jour-

nalistenversammlung statt, in der Ministerpräsident Dr. Benesch über die Bedeutung des Journalismus in etwas überschwenglicher Weise sprach. Auch Minister Sabran ergriff in dieser Versammlung das Wort. Die Tagesordnung der Versammlung umfaßte folgende Punkte: Das Dienstverhältnis der Redakteure, Journalistenkammern, allgemeine Versicherung der Journalisten und Preßgesetz. Nach Erstattung von Resoraten und einer Debatte wurden einige Anträge des Ausschusses des Syndikats der tschechoslowakischen Tagespresse genehmigt.

### Der Klerikalismus als Organisator.

Die Klerikalen als unsere gefährlichen Gegner zu bezeichnen, genügt nicht. Man muß die Größe und Macht ihres Organisationsapparates anschaulich sehen, um sich der Schwere des notwendigen Kampfes bewußt zu werden. Darum dürfen wir der christlichsozialen Warnsdorfer „Volkzeitung“ dankbar sein, die uns ein den Vortrag des Gen. Leuthner und unser gestriges Feuilleton erschöpfend illustrierendes Ziffermaterial zur Verfügung stellt. Was den schwarzen Herren Grund zum Stolz bietet, gibt uns kräftigsten Ansporn, uns ihrer mit allen Mitteln zu erwehren. Die Warnsdorfer Statistik also berichtet:

„Der Süddeutsche Verband katholischer Arbeitervereine zählte schon vor dem Weltkriege (i. J. 1911) 978 Einzelvereine mit 168.250 Mitgliedern, 681.300 Mark Vereinsvermögen, 2,5 Millionen Mark Spareinlagen usw. In 776 dieser Vereine waren zur Belebung und Stärkung des religiösen Lebens regelmäßige Generalkommunionen eingeführt. Aus der sonstigen Statistik der erwähnten 978 Vereine hebe ich hervor: 1796 religiös-apologetische, 2395 sozialwirtschaftliche, 1452 staatsbürgerliche und 1633 allgemein bildende Vorträge, 356 Lichtbildvorführungen. 407 Vereine hatten in dem oben erwähnten Berichtsjahre 1911 eigene Büchereien, außerdem wurden vom Verbands für die Einzelvereine 23.250 Broschüren angeliefert.“

Der Westdeutsche Verband katholischer Arbeitervereine verzeichnete im selben Jahre 1911: 1041 Einzelvereine, 180.360 Mitglieder, 9524 Vertrauensmänner, 1.112.250 Mark an Vereinsvermögen, 4.614.116 Mark an Spareinlagen der einzelnen Mitglieder, 555.880 Mark Unterstühtungen an Mitglieder, ein Verbandsorgan mit 165.000 Abonnenten, 3585 Versammlungen!

Der Ostdeutsche Verband verzeichnete 85 katholische Arbeitervereine.

Der „Verband der katholischen Arbeitervereine“ (sog. Berliner Richtung) zählte zur selben Zeit 1260 Vereine mit 130.000 Mitgliedern. Hierzu kommen noch die christlichen Gewerkschaften mit 340.957 Mitgliedern, 28 Fachblättern, 7.083.000 Mark Vermögen, 2.442.950 Mark Unterstühtungsbeträgen. Die christlichen Gewerkschaften waren schon damals an 1122 Tarifverträgen beteiligt.

Der Zentralverband katholischer Junglingsvereine konnte einen Bestand von 1937, also fast zwei Tausend Einzelvereinen und 194.017 Mitglieder aufweisen. Dem Zentralverband standen vier Zeitchriften zur Verfügung.

Eine Gesamtstatistik der katholischen Jungfrauenvereine liegt mir gegenwärtig nicht vor, aber ich glaube mich nicht zu irren, vor wenigen Jahren in einem Bericht gelesen zu haben, daß mehr als 350.000 katholische Mädchen in religiösen Vereinen organisiert seien.

Ähnlich großzügig und zeitgemäß organisiert sind Hunderttausende von Frauen im katholischen Frauenbund und in den christlichen Müttervereinen.

Vor mir liegen die Klerus-Kataloge des Erzbistums Köln und der Bistümer Trier, Münster, Baderborn, Breslau und Rottenburg. Diese und andere Diözesan-Schematismen bringen fast sämtlich auch eine Uebersicht über die nicht-politischen katholischen Vereine, da an der Spitze fast aller dieser Organisationen ein katholischer Geistlicher als Präses oder doch als maßgebender Beirat steht, eine Tatsache, welche dem reichsdeutschen Klerus nicht hoch genug anzurechnen werden kann und zum Gutteil die solide religiöse Fundierung (!), den einheitlichen Geist und die Opferwilligkeit der Hunderttausende Organisierten erklärt macht. (In Wahrheit zeigt diese Tatsache, daß die Geistlichen sich nicht um das religiöse Leben ihres Schäfchens, sondern um die Ausdehnung der Kirchenmacht kümmern. D. Red. d. „Sozialdemokrat“.)

Ich kann aus den erwähnten Katalogen nur Einzelnes herausheben. So z. B. verzeichnet das „Kölnener Handbuch“ (des katholischen Klerus) außer den bereits erwähnten Vereinstypen: zehn Caritasverbände mit je einem eigenen Sekretariat, 242 tätige Vinzenzvereine mit einem Generalsekretariat, einen Diözesanverband der katholischen Männer-Fürsorgevereine (Fürsorge für gefährdete Knaben, Beforgung von Lehrstellen, Uebernahme von Waisenkindern usw.), einen Zentralverband Katho-

lischer Kinderhorter und Kleinkinderbewahranstalten (St. Bonn), 81 katholische Gefellenvereine mit 6820 aktiven und 11.466 inaktiven Mitgliedern und 42 eigenen Häusern; einen Verband katholischer Beamtenvereine mit 30 Einzelvereinen und 10.000 Mitgliedern; einen Verband katholischer kaufmännischer Vereinigungen mit 57 Einzelvereinen und 5975 Mitgliedern; einen Verband der katholischen Frauen- und Müttervereine mit 545 Einzelvereinen und mehr als 130.000 Mitgliedern; ferner Vereine für katholische Diensthilfen, für Handwerksgehilfinnen, für Hausbeamtinnen, Sozialbeamtinnen, für katholische Akademiker, des weiteren 1035 Borromäus-Büchervereine (Verbandsitz bekanntlich in Bonn), mit 103.839 Mitgliedern. Hierzu kommen noch die Ortsgruppen des Bonifatius-Vereines, der Missionsvereine, des rund 700.000 Mitglieder zählenden Volksvereines (St. Gladbach), die Hauptstellen der politischen Zentrumsorganisation usw.

Der Schematismus der Diözese Münster verzeichnet für diesen kirchlichen Sprengel: 170 Jugendvereine, 158 marianische Kongregationen, 89 Gefellenvereine, 41 kaufmännische Vereine, 170 katholische Arbeitervereine, 47 Knappenvereine, 105 Männer-Kongregationen, 10 Arbeiterinnenvereine, 9 Diensthilfenvereine, 415 christliche Müttervereine; zu diesen Organisationen wären noch die verschiedenen kirchlichen und caritativen Vereine zu zählen. An Wohltätigkeits- und sozialen Anstalten bestehen in dieser einen Diözese allein: 28 eigene Häuser der Jugendvereine, 43 Gefellenhäuser (gemeint mit Hofpiz), 10 Arbeiterinnenvereinhäuser, 19 Mädchen-Hospize, 7 katholische Anstalten für Fürsorgezöglinge, mehrere Hunderte Hospitäler und Erziehungsanstalten klostertlicher Kongregationen.

Aus dem Personal-Schematismus der Diözese Paderborn für das Jahr 1913 errechne ich folgende Daten: Katholische Junglingsvereine 369, Jungfrauenvereine 302, Gefellenvereine (unter Einbeziehung der sog. Jofesvereine) 80; Arbeitervereine 432. In Dortmund allein bestehen und wirken: 11 katholische Junglingsvereine, 10 Jungfrauenvereine, 16 katholische Arbeitervereine; in Bochum: 11 katholische Junglingsvereine, 13 katholische Arbeitervereine; in Gelsenkirchen 11 katholische Jugendvereine, 11 Jungfrauenvereine, 8 Gefellenvereine, 13 katholische Arbeiterorganisationen. (Nicht gerechnet sind hier die christlichen Gewerkschaftsbereine, die Borromäus-Ortsgruppen usw.)

Ueber eine ähnlich reichgegliederte kirchlich-caritative und soziale Gemeinschaftsarbeit berichten die Schematismen aller übrigen Diözesen. Die Früchte dieser mühsamen, ausdauernden, aber auch dauerwertigen Arbeit sind fast in jedem katholischen Pfarrsprengel zu spüren: gute Wahlen in die kommunalen und gesetzgebenden Vertretungskörper, ein gehobenes Bildungsniveau in Bezug auf religiöses und profanes Wissen, stete Belebung des inneren Gedankenlebens, häufiger Sakramentsempfang (man beachte die köstliche Mischung von politischem Geschäft und frommem Gebet, die da dem erbaulichen Berichterstatter mitunterläuft. D. Red. d. „Sozialdemokrat“), und Kirchenbesuch, rege Anteilnahme an den caritativen und sozialen Schöpfungen der einzelnen großen und kleinen Organisationen, Opferinn für jedes als notwendig anerkannte gemeinnützige Werk usw.“

Einen unerwarteten Bundesgenossen finden die katholischen in den evangelischen Pfaffen mit und ohne Dnat. Auf dem letzten Kirchentag in Stuttgart beschloßen nämlich die Vertreter des „Evangelischen Kirchenbundes“, für die konfessionelle Schule einzutreten. Damit treten Ultramontaner und Lutheraner in eine Kampffront und werfen sich der Forderung der Lehrerschaft und eines guten Drittels der Elternschaft, soweit eben diese sozialdemokratisch gesinnt ist, als einheitliche reaktionäre Masse entgegen. Der religiöse Triebkraft beraubt, sind die Protestanten eben auch nur Pfaffen.

### Die russische Hungersnot.

#### Der Völkerbund für Rußlandhilfe.

Genf, 27. September. (Havas.) Die 6. Kommission (für politische Angelegenheiten) befaßte sich mit der Frage der russischen Hungersnot. Motta legte einen Antrag der Unterkommission vor, in welchem konstatiert wird, daß die Situation Rußlands unstreitig ernst und rasche Hilfe dringend notwendig sei. Die Unterkommission fordert, daß an alle privaten Hilfsorganisationen eine dringende Aufforderung gesendet und gleichzeitig der Wunsch ausgesprochen werde, daß die Regierungen aller Länder die Unternehmungen der privaten Hilfsorganisationen moralisch und finanziell unterstützen. Die Debatte wird morgen fortgesetzt werden.

#### Nansen an Tschitscherin.

London, 28. September. Nansen hat Tschitscherin telegraphisch um Mitteilung ersucht, ob die Nachrichten, daß 14 Mitglieder des russischen Hilfskomitees zum Tode verurteilt worden seien, den Tatsachen entsprechen. Eine Antwort auf dieses Telegramm ist bisher nicht eingegangen.

### Bayern und das Reich.

Die deutschen Mäler melden, daß der Konflikt Bayerns mit dem Reich beigelegt sei. Die Einheit des Reiches ist durch das freundliche Entgegenkommen des neuen bayerischen Ministerpräsidenten, des Grafen Lerchenfeld, gerettet, der sich schon durch seine weniger bayerischen Umgangsformen von Herrn von Raahr, seinem Vorgänger, wohlthuend unterscheidet. Der Ausnahmezustand werde am 6. Oktober mit der Wirkung vom 15. Oktober aufgehoben und somit ist alles wieder gut eingerichtet. Wohl schmachten zu Hunderten die Opfer der Ausnahmegerichtsbarkeit in bayerischen Gefängnissen und dieser Staat beherbergt ganze bewaffnete Kolonnen von ausgesprochenen Feinden der deutschen Republik, aber formell liegt vom Standpunkte der künftigen Regierungsparteien nichts im Wege, Alles, was das Reich durch Wochen in äußerster Spannung verfest hat, zu vergessen. Der Reichstag, der vorerst nur zu einer kurzen Sitzung zusammengetreten ist, wird sich jedoch auch gegen den Willen der Parteien, die begreiflicherweise auf das traurige Kapitel der Reichseinheitsbedrohung durch Bayern nicht zurückkommen möchten, mit den bayerischen Umtrieben befassen müssen. Mit der Verkleinerung des Bruches, der in dem eigenmächtigen, staatsfeindlichen Treiben Raahrs zum Ausdruck kam, ist nichts getan. Der Reichstag wird dem Uebel auf den Grund gehen müssen; er wird die Kräfte zu prüfen haben, die gegen die Einheit des Reiches sind und diejenigen, die seine Einheit auch mit scharfen innerpolitischen Kämpfen erhalten wollen. Nach der Verfassung der deutschen Republik ist Bayern weit mehr als ein autonomes Staatsgebiet Deutschlands, es ist tatsächlich ein Staat im Staate und in den Händen eines Raahr ein Staat gegen den Staat. Die ersten großen und prinzipiellen Debatten des Reichstages werden sich mit dieser Lebensfrage des Reiches befassen; denn Bayern, wie es heute besteht, ist die Keimzelle der deutschen Reaktion, die Ausfallstelle der Mittelsbacher gegen die deutsche Republik. Die Berliner „Freiheit“ nimmt Dienstag zu diesen Problemen Stellung und schreibt u. a.:

Der Schutz der Republik, die wir gegen die Monarchisten verteidigen, obwohl wir im heftigsten Gegensatz zu ihrem heutigen kapitalistischen Charakter stehen, kann sich nicht auf Verordnungen des Reichspräsidenten gründen. Was not tut, ist eine durchgreifende Umgestaltung der Gesetzgebung, und die unabhängige Fraktion des Reichstages hat in dieser Erkenntnis der Volksvertretung einen Gesetzentwurf vorgelegt, der in erster Linie eine grundlegende Reform der Justiz in Strafsachen, die Rechtsprechung nur durch Geschworene und die Wahl der Geschworenen durch das Volk fordert. Der des weiteren der Regierung eine Handhabe gegen diejenigen Beamten geben will, die monarchistische Auffassungen öffentlich vertreten oder in der Ausübung ihres Amtes befunden, und der endlich noch die Konfiskation des Vermögens der früheren landesfürstlichen Familien verlangt.

Bei der Beratung dieses Gesetzentwurfes wie bei all den anderen Debatten, die sich an die Vorgänge der letzten Zeit knüpfen, wird sich herausstellen, ob es im Deutschen Reichstage eine Mehrheit gibt, die nicht nur ein billiges Lippenbekenntnis zur Republik abgelegt, sondern ernsthaft entschlossen ist, das Nötige zu tun, um sie gegen die Umtriebe ihrer Feinde zu sichern. Mit großer Spannung erwarten wir die Stellungnahme der bürgerlichen Parteien und besonders derjenigen Fraktion, die neuerdings von Rechtssozialisten für bündnisfähig erklärt worden ist. Die Resolution von Görlich stellt zwar als Vorbedingung der Koalition mit der Deutschen Volkspartei die republikanische Überlängigkeit der Freunde des Herrn Stresemann auf.

Unsere unabhängigen Genossen äußern sich des weiteren sehr zweifelhaft über die fernere Entwicklung im Reich. Die Republik ist trotz der Regierungskoalition, vielleicht gerade durch ihren fraglichen Bau, noch immer bedroht. Die Debatten über Bayern und das Reich werden vielleicht schon Klarheit darüber bringen, daß der Entschluß der Rechtssozialisten auf dem Görlicher Parteitag, mit den Volksparteilern in die Regierung zu gehen, ein feierlicher war. Die Öffnung einer halbigen Wiedervereinigung des deutschen Proletariats ist so gut wie begraben. Und nur auf der gereinigten Kraft des Proletariats ruht die deutsche Republik.

### Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen.

Am 30. September.

Paris, 28. September. Ministerpräsident Briand als Vorsitzender des Obersten Rates hat dem deutschen Botschafter Dr. Maher heute mittags eine Note überreichen lassen, in der mitgeteilt wird, daß die wirtschaftlichen Sanktionen mit Wirkung vom 30.

September aufgehoben werden. (Die militärischen Sanktionen, die gegen jedes Rechtsgefühl und gegen den Friedensvertrag von Versailles verstößen und Deutschland finanziell ruinieren, bleiben jedoch aufrecht. D. Red.)

### Rücktritt des Polizeipräsidenten Poehner.

Berlin, 28. September. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) Der Münchner Polizeipräsident Poehner ist endlich zurückgetreten. Er erklärte, daß die Verhältnisse es noch nicht gestattet hätten, die bewährten Bestimmungen des bayerischen Ausnahmegesetzes preis zu geben, zumal für die nächsten Monate die schwersten Erschütterungen des wirtschaftlichen und politischen Lebens bevorstehen. Unter diesen Umständen sei er außer Stande, die Verantwortung für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung weiterhin zu übernehmen und er habe heute um seine Enthebung gebeten. Das letzte Wort Poehners war, daß er die Verbreitung der Berliner „Freiheit“ für seinen Bezirk verbote. Die Begründung seines Rücktrittes soll den Deutschnationalen nur Gelegenheit geben, um eine neue Hege gegen den Reichskanzler Wirth zu entfesseln. Daß der Staatsanwalt gegen Poehner eingeschritten ist, weil er vor aller Öffentlichkeit beschuldigt wird, schriftlich verfolgte Hochverräter begünstigt zu haben, ist noch nicht bekannt geworden.

### Die neue deutsche Regierungskoalition.

Berlin, 28. September. (Wolff.) In einer gemeinsamen Besprechung der demokratischen Fraktionen des Reichstages und des preussischen Landtages war man einmütig der Ansicht, daß die breite Koalition von der Reichssozialdemokratie bis zur deutschen Volkspartei die einzige Grundlage ist, auf der eine stetige Politik aufgebaut werden kann. Die Versammlung gab weiter der Meinung Ausdruck, daß die Regierungsbildung im Reich nur ein Kabinett Wirth sein könne.

### Verbot einer reaktionären Veranstaltung.

Berlin, 28. September. (Wolff.) Der Polizeipräsident von Berlin hat auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August l. J. die für den 2. Oktober im Sportpalast geplante „Heerschau Schwarz-Weiß-Rot“ verboten. Die Veranstalter, der geplanten Heerschau gehören den gleichen Kreisen an wie die Veranstalter des sogenannten Frontkämpfertages.

### Die Finanzkrise.

Berlin, 28. September. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) Zu der durch die katastrophale Entwertung der Valuta herbeigeführten weiteren Verschlechterung der Finanzlage des Reiches schreibt die „Freiheit“: „Ueber der Geschichte der deutschen Finanzen sieht seit Kriegsausbruch das verhängnisvolle Wort „zu spät“. Alle Maßnahmen sind verspätet getroffen worden und deshalb wirkungslos geblieben, und das gilt auch für das vorläufig letzte Kapitel. Seit der Annahme des Ultimatums im Mai ist nichts geschehen. Statt das Parlament, wie es ursprünglich beabsichtigt war, möglichst lange beisammen zu halten, oder wenigstens die Steueraussschüsse permanent arbeiten zu lassen, wurde der Reichstag in die Ferien geschickt. Bei seinem Zutritt findet er aber noch immer kein definitives Finanzprogramm vor. Die Gesetzentwürfe stehen im Reichswirtschaftsrat und Reichsrat, denn der ganze Apparat der Gesetzgebung ist so schwerfällig geworden, daß Gesetze überhaupt nicht mehr fertig werden. Aber selbst wenn diese Ergebnisse vorgelegt werden könnten, so sind sie durch die Kursstürze der Mark bereits völlig ungenügend geworden.“

Mit derselben Frage beschäftigte sich eine Tagung des Reichverbandes der deutschen Industrie in München. Der Verbandsvorsitzende Dr. Sorge wies darauf hin, daß man sich hinsichtlich der Erfüllung des Londoner Ultimatums auf den Boden realer Tatsachen stellen und ernsthafte Versuche machen müsse, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Die Industrie sei bereit, ihre ausländischen Kredite zu Gunsten des Reiches nutzbar zu machen unter der Voraussetzung, daß sich an der Aktion die Landwirtschaft, die Bankwelt und der Handel beteilige und die Regierung alles tue, um das Risiko der Verzögerung des letzten Restes der Wirtschaft zu verhindern, indem sie nämlich Ordnung in den Etat bringe. Der Wiederaufbauminister Rathenau nahm dann das Wort und erklärte, daß der neue Kurs der deutschen Währung die Unmöglichkeit bewiesen habe, die deutsche Reparationsverpflichtung lediglich durch Devisen abzulösen. Das Problem sei der Ersatz von Geld — durch Sachleistungen. Sicherlich sei dabei der Widerstand der französischen Industrie zu überwinden, es vertrete aber der französische Wiederaufbauminister selbst die Anschauung, daß sich die französische Industrie ins eigene Fleisch schneide, wenn sie ihre ganze Tätigkeit auf die Wiederaufbauleistungen einstelle.

### Versuchte Vernichtung der Brünner deutschen Bühne.

Der Stadtrat von Brünn, der durch Eingemündung mehrerer tschechischer Ortschaften in seiner Majorität tschechisch gemacht wurde, hat beschloffen, den Vertrag mit dem Theatervereine auf zweimalige Vernichtung des Stadttheaters in der Woche zu kündigen. Diese Tat ist unantastbar nach der Abreise Masaryks unter dem Einfluß der nationaltschechischen Demonstrationen gesetzt wurde, bedeutet nicht weniger als den Versuch der vollständigen Vernichtung der deutschen Schauspielkunst in Brünn. Sie bedeutet eine Kampfansage des nationalen Chauvinismus, von dem die Majorität des Brünner Gemeinderats erfüllt ist, an die gesamte deutsche Kulturgesellschaft Mährens.

Schwere Tage hat die Brünner deutsche Bühnen seit dem Umsturz zu überdauern. Trotzdem den Deutschen Brünns bei der Uebergabe der Stadtgemeinde an eine Revolutionskörperschaft von ihrem ältesten Mitgliede, Herrn Dr. Stranßky versprochen wurde, daß dem deutschen Theater ein dreimaliges Mitspracherecht in der Woche gewahrt bleibe, wurde dieses Versprechen einfach gebrochen. Langer Verhandlungen bedurfte es, bis den Deutschen die zwei theaterstärksten Tage der Woche, Montag und Dienstag, zur Benützung des Stadttheaters eingeräumt wurden. Ein kleiner, für Theateraufführungen beinahe ungeeigneter Saal, die Redoute, sollte ihnen das große Haus ersetzen. Die Subvention, die die Brünner Stadtgemeinde dem deutschen Theater gewährt, ist verhältnismäßig so spärlich, daß in dieser für Schaubühnen so kritischen Zeit das Brünner deutsche Theater beinahe auf sich selbst gestellt ist. Die Brünner Tschechen haben sich für das Theaterjahr 1920/21 nicht weniger als 1 Million 600.000 Kronen bewilligt. Außerdem erhält das Brünner tschechische Theater große Zuwendungen seitens des Landes und des Masarykfonds. Dem deutschen Theater wurde nach langen Verhandlungen ein Anteil der tschechischen städtischen Subvention 200.000 Kronen bewilligt. Und zu alledem kommt jetzt noch gleichsam der Delogierungsauftrag!

Es ist ausgeschlossen, daß das einzige große Theater Mährens in zwei für größere Bühnennetze ungeeigneten Saallokalkitäten weiter bestehen kann. Wenn dem Theater auch noch die letzte Wirkungsmöglichkeit genommen wird, muß es zu Grunde gehen. Wenn dies auch die Absicht der Brünner Chauvinisten ist, so können wir kaum glauben, daß sich mit ihnen auch die neue tschechische Regierung, die doch ein einträchtiges Zusammenleben mit den Deutschen dieses Staates ermöglichen will, identifiziert. Die gänzliche Vernichtung der hundert Jahre alter Brünner deutschen Bühne würde diesem Staate nur viele Tausende neue Feinde schaffen. Dies kann doch nicht die Absicht dieses überreifen, gleichsam aus einer Stragendemonstration geborenen Beschlusses sein. Es besteht keinerlei Notigung, den Deutschen Mährens eine ihrer letzten Kulturstätten zu nehmen. Die tschechische Schauspielkunst in Brünn hat bei ihrem heutigen Anteil an Räumlichkeiten die Gewähr vollster Entfaltung. Nicht weniger als 19.000 Zuschauer kann sie in einer Woche die Möglichkeit des Theaterbesuches geben. Diese Zahl ist relativ so groß, daß es ihr noch auf zwei Spieltage im Stadttheater wohl nicht an-

### Ans de Costers Eil Ulen Spiegel.

Als der Kaiser Karl einmal vom Kriege heimkam, fragte er, warum sein Sohn Philipp nicht zu ihm käme und ihn begrüße. Der erzbischofliche Erzherzog des Infanten erwiderte, dieser habe nicht gewollt, sondern erklärt, er liebe nur Bücher und Einsamkeit. Der Kaiser erkundigte sich, wo er sich im Augenblick aufstelle. Der Erzherzog meinte man müsse ihn irgendwo im Dunkeln suchen, und das taten sie denn. Sie wanderten durch eine reichliche Menge von Zimmern und kamen schließlich in eine Art Verschlag ohne Fußboden, der nur durch eine Lude Licht bekam. Dort saßen sie im Boden einen Pfahl stecken, an dem am Leibe aufgehängt eine zierliche kleine Affin hing, die man seiner Höheit von Indien geschickt hatte, um sie durch ihre lustigen Streiche zu ergötzen. Unten rauchten noch glimmende Holzscheite, und im Verschlag roch es nach verbranntem Haor und verstopfter Pant. Das Tierchen hatte so viel Leiden müssen, daß sein kleiner Körper nicht dem eines Wesens gleich, das einmal gelebt hatte, sondern wie ein Stück vermolter und getundener Wurzel aus sah. Sein Mund, der wie zum Todeschrei geöffnet schien, ließ blutigen Schaum sehen, und feuchte Tränen benehten sein Gesicht. „Wer hat das hier getan?“ fragte der Kaiser. Der Erzherzog wage nicht zu antworten, und beide blieben stumm, traurig und jorrig. Mählich hörte man in dieser Stille einen leisen Klang, wie Huten aus einer tief vergrabenen Erde hinter ihnen. Seine Majestät

kommt. Ebenso klar ist es, daß durch die Fortnahme dieser zwei Spieltage die deutsche Bühne ruiniert ist. Schon aus kulturellen Motiven darf die Kündigung des Brünner Gemeinderats nicht zur Tat werden!

### Ein Vergessener.

88 Jahre alt ist der auch in sozialistischen Kreisen nicht unbekante Forscher Eugen Dühring, einsam und von der Mitwelt längst vergessen, gestorben. Das erste Auftreten dieses Mannes, der in einer Reihe von Wissenschaften bewandert war, gleich einem Meteor, zu hundert Jahren drängten sich die Studenten in seine Vorlesungen. Zu Beginn der 70er Jahre erschienen seine Schriften: „Kurzus der Philosophie“, „Kurzus der National- und Sozialökonomie“, und „Kritische Geschichte der Nationalökonomie und des Sozialismus“, in welchem er ein neues wissenschaftliches System des Sozialismus entwickelte. Selbst auf einen Teil der sozialistischen Arbeiter, ja, der sozialistischen Presse, blieben diese Bücher nicht ohne Einfluß, da die Sozialisten von damals wissenschaftlich noch nicht gefestigt waren und das Marx'sche System von ihnen geistig noch nicht verdaut war. Daher wurde es notwendig, vom Standpunkte des Marxismus zu Dührings Schriften Stellung zu nehmen, eine Aufgabe, der sich kein Geringerer als Margens treuer Mitarbeiter und Freund Friedrich Engels unterzog.

Seit Anfang 1877 erschienen im Leipziger „Vorwärts“ fortlaufende Artikel, die dann später gesammelt als Buch unter dem Titel: „Herr Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft“ herausgegeben wurden und viele Auflagen sowie Uebersetzungen in eine ganze Menge von Sprachen erlebten. Eine ganze Generation von Sozialisten hat einen großen Teil ihres Wissens aus dem angeführten Buche von Friedrich Engels geschöpft. In seiner Kritik der Dühring'schen Schriften geht Engels schonungslos mit deren Verfasser zu Gericht, mit der Engels eigenen Ironie und seinem beißenden Sarkasmus vollzieht er an Dühring eine wissenschaftliche Hinrichtung. Dühring war damals nur ein „Typus von „Gefehrten“, die alles zu verstehen glauben und vom hohen Roß ihres Standpunktes jede andere Ansicht in Grund und Boden verdammen. Engels selbst charakterisiert diese Richtung der Wissenschaft wie folgt: „Herr Dühring ist einer der bezeichnendsten Typen dieser vorlauten Pseudowissenschaft, die sich heutzutage in Deutschland überall in den Vordergrund drängt und alles überdönt mit ihrem drohenden — höheren Blech. Höheres Blech in der Poesie, in der Philosophie, in der Politik, in der Oekonomie, in der Geschichtsschreibung, höheres Blech auf Ratheder und Trübne, höheres Blech überall, höheres Blech mit dem Anspruch auf Ueberlegenheit und Gedankentiefe im Unterschied von dem simplen, platt-vulgären Blech anderer Nationen, höheres Blech, das charakteristischste und massenhafteste Produkt der deutschen intellektuellen Industrie, billig, aber schlecht, ganz wie andere deutsche Fabrikate, neben denen es leider in Philadelphia nicht vertreten war. Sogar der deutsche Sozialismus, namentlich seit dem guten Beispiel des Herrn Dühring, macht neuer-

drehte sich um und bemerkte dort den Infanten Philipp in ganz schwarzer Kleidung, der an einer Zitrone saugte.

„Don Philipp“, sagte er, „komm her und begrüße mich“.

Der Infant rührte sich aber nicht und blickte ihn mit kuckhämigen Augen an, aus denen keine Liebe sprach.

„Warst du das“, fragte der Kaiser, „der hier dies Tierchen auf diesem Feuer verbrannt hat?“

Der Infant senkte den Kopf. Darauf der Kaiser: „Wenn du grausam genug warst, das zu tun, so sei auch mutig genug, es zu gestehen.“

Der Infant antwortete nicht. Da riß seiner Majestät ihm die Zitrone aus der Hand, warf sie zu Boden und begann ihn zu schlagen, und sein Sohn pinkelte vor Angst. Aber der Erzbischof hielt ihn zurück und stürzte ihm ins Ohr: „Seine Höheit wird einft groß werden durch Verbrennen der Keyer“.

Der Kaiser lächelte, und beide gingen fort und ließen den Infanten allein bei seinem Affen.

Aber es gab auch andere, die keine Affen waren und doch den Flammentod fanden.

Damals traten zum anderen Male die Inquisitoren und Theologen vor Kaiser Karl und stellten ihm vor: die Kirche gelte zugrunde: ihre Autorität werde mißachtet; wenn er soviel ruhmreiche Siege errungen habe, so danke er das den Gebeten des Katholizismus, der seine kaiserliche Macht aufrecht erhielt. Ein spanischer Erzbischof forderte, er solle zu sehen. Alle Damen und Herren des Hofes setzten sich auf den Boden und sahen zu, wie der Kaiser seinen Kopf abhauen oder ebenjoviel

dings recht erheblich in höherem Maße und produziert diesen und jenen, der sich mit „Wissenschaft“ brüftet, von der er „wirklich auch nichts gelernt hat.“ Es ist dies eine Kinderkrankheit die die beginnende Belehrung des deutschen Studiosus zur Sozialdemokratie anzeigt und von ihr unzertrennlich ist, die aber bei der merkwürdig gefunden Natur unserer Arbeiter schon überwunden werden wird.“ Über die Engels'sche Kritik ist nicht nur negativ, sondern, was dem Buch den eigentlichen wissenschaftlichen Wert verleiht, auch positiv, Engels zeigt nicht nur die folgerichtige Anwendung des Marx'schen Systems auf die Philosophie und Sozialwissenschaft, sondern greift auf alle Wissensgebiete, beispielsweise die Naturwissenschaft, über, sodas Engels' Buch eine Fülle wertvoller Kenntnisse vermittelt.

Vielmehr wurde später gesagt, das Engels über das Ziel in seiner Kritik hinausgeschossen und Dühring nicht unrecht gehabt habe. Demgegenüber ist festzuhalten, das Dühring nicht nur völlig unhaltbare wissenschaftliche Theorien formulierte, sondern das er auch von einem ganz ungewöhnlichen Größenwahn erfüllt war. Seine Eigenliebe macht seine Bücher fast ungenießbar. Einige Proben mögen genügen: „Meine Geschichtszeichnung große Stills“, oder „nur in denjenigen sozialen Gebilden, welche ich in meinem Kurs der National- und Sozialökonomie gekennzeichnet habe, kann ein echtes Eigen an die Stelle des bloß scheinbaren und vorläufigen“ oder aber gewaltsamen Eigentums treten.“ So sehr er sich selbst lobte, so verdammt er oft die größten Geister, die das 19. Jahrhundert der Menschheit geschenkt hat. Marx beispielsweise wirft er Ohnmacht der ordnenden Fähigkeiten und Unformlichkeit des Gedankens und des Stils vor. Der scharfe Kampf, den er gegen eine Reihe anderer, vom Staate anerkannter und in Amt und Würden eingesetzter Gelehrten und Universitätsprofessoren führte, betrug die Berliner Universität, ihm die Privatdozentur wegzunehmen und man muß es Engels, der sein wissenschaftlicher Gegner war, hoch anrechnen, das er hierbei Dühring in Schutz nahm. In den letzten Jahrzehnten war Dühring blind, sodas das Schicksal des nicht unbegabten, aber eitlen und großwahnsinnigen Gelehrten voll Tragik war. Seither lebt er in völliger Zurückgezogenheit und Einsamkeit; das heute lebende Geschlecht hat ihn beinahe gar nicht gekannt.

### Tages-Neuigkeiten.

**Ehrenmann Janowsky.** Die Krummauer Kommunisten, mit denen wir uns schon einmal beschäftigt und denen wir schon damals einen ganz besonderen Platz in der kommunistischen Parteigeschichte verbüchten, beweisen immer deutlicher, wie stolz sie auf ihre Vertrauensmänner sind. Einer von ihnen, Sparrassendringend Janowsky, wurde von uns als Valutenschieber an den Prager gefeilt. Die Direktion der Sparfassa der Stadt Krummauer hat uns in einer besonderen Zuschrift unsere Feststellung der Valutenschieberungen ihres Dirigenten bestätigt, der dem Unternehmen einen Schaden von 20.000 Kronen verursachte. Diese Erklärung der Direktion mußte die „Südböhmische Arbeiterzeitung“, deren Ehrenhaftigkeit von uns seinerzeit auch entsprechend gewürdigt wurde, in ihre Spalten aufneh-

men. Aber die Krummauer Kommunisten und ihre Presse sind eben so stolz auf ihren Janowsky, das sie sich mit ihm sogar dann solidarisch erklären, wenn er eine Lumperei begeht. Sie tun das auf ihre eigene Weise, indem sie die Tatsache einfach zu leugnen versuchen. In derselben Nummer der „Südböhmischen Arbeiterzeitung“, in der die amtliche Erklärung der Direktion über die Valutenschieberungen Janowsky steht, befindet sich auch ein Bericht über die Kreisbesprechung der südböhmischen Kommunisten und darin heißt es unter anderem:

„Genosse Janowsky, der in den letzten Tagen von den Sozialdemokraten in der infamsten Weise als Valutenschieber verurteilt worden war, wurde als Kreisvertrauensmann wieder gewählt, da die Kreisleitung ebenso wie zuvor eine Krummauer Vertrauensversammlung festgestellt hatten, das sich Gen. Janowsky keiner unehrenhaften und eigenmächtigen Handlung schuldig gemacht hat.“

Wir wissen nicht, was die kommunistischen „Vertrauensmänner“ dieser Konferenz eingerebet haben, so das sie ihnen auf den Leim gingen. Wir stellen nur fest, das sie Janowsky, den wir unwidersprochen und amtlich bestätigt als Valutenschieber erklären, neuerdings zum Kreisvertrauensmann wählten. Hiemit ist Janowsky's Ehre zweifellos reinewaschen und wir empfehlen den Kommunisten, es auch mit den Trzubsky und Legler's ähnlich zu halten. Sie brauchen ja nur „beschließen“, das beide „in infamster Weise verurteilt“ wurden und nichts steht mehr im Wege, sie zur ständigen Erinnerung an den Raubmord von Chobau zu Funktionäre der kommunistischen Partei zu wählen.

**Die sieben Garnituren der „Vereinigten“.** Der sonderbare Läuterungsprozeß, der in der Vereinigten kommunistischen Partei Deutschlands seit eben dieser Vereinigung vor sich geht, und mit dem jüngst erfolgten Austritt Adolf Hoffmanns und Ernst Däumigs in eine neue Phase getreten ist, wird von der Berliner „Freiheit“ in sieben Bildern festgehalten, die das traurige Chaos in der V. K. P. D. mit gelungenem Scherz widerspiegeln. Nachdem Adolf Hoffmann, der bisher zu den Untergeordneten zählte, und Ernst Däumig, der sich den schwankenden Gestalten angeschlossen hatte, wild geworden und aus der Partei ausgetreten sind, ergibt sich folgende Zusammenstellung:

1. Die Moskauer: a) die Unentwegten: Remmle, Fröhlich; b) die Abgefägten: Siocder, Höllein, Kocnen.
2. Die Leviten: Levi, Malzahn.
3. Die Kausgeworfenen: Reich, Düssel, Geher jr.
4. Die Ausgetretenen: S. Teuber, Marie Radwiz.
5. Die Untergeordneten: Zellin, Kleitner, Eckardt, Wrag, Vary, Heidemann.
6. Die schwankenden Gestalten: Dr. Hergfeld, Geher sen., Berthels, Eichhorn, Thomas, Fries.
7. Die Wild gewordenen: Ernst Däumig, Adolf Hoffmann.

Die „Freiheit“ bemerkt etwas stark satirisch, das sie neue Veränderungen im Bestand der vereinigten kommunistischen Fraktion laufend registrieren wird — aber die Satyre ist treffend: wir glauben, das die „Freiheit“ bald Gelegenheit zu neuer Registratur haben wird.

Damals ergriff das Offizial einen flämischen Bildhauer, einen römischen Katholiken, weil ihm ein Mönch den vereinbarten Preis für ein Mutter-Gottesbild aus Holz verweigert hatte und jener darauf mit seinem Meißel das Antlitz des Bildes zerschlagen hatte: denn, sagte er, er wolle lieber sein Werk zerstören, als es zu einem Schandpreis hergeben.

Er wurde von dem Mönch als Bildnischänder angezeigt, ohne Mitleid gemartert und zum Feuerode verurteilt.

Man hatte ihn während der Folterung die Fußsohlen verbrannt, und er schrie auf dem Wege vom Gefängnis zum Scheiterhaufen — bedeckt mit dem „Sandenito“: „Gaut die Füße ab! Haut die Füße ab!“

Und Philipp hörte mit Genuß von weitem diese Schreie, aber er lachte nicht.

Die Ehrennamen der Königin Marie verließen diese, um sich die Hinrichtung anzusehen, und ihnen lief die Herzogin Alba nach, weil sie den flämischen Bildhauer hatte schreien hören und das Schauspiel mit ansehen wollte. So ließ sie die Königin allein.

Philipp, sein hohes Diener, seine Fürsten, Grafen, Stallmeister und Damen waren zugegen, als der flämische Bildhauer mit einer langen Kette an einem Pfahl befestigt wurde, der mitten in einem brennenden Kreise von Strohbündeln und Reiserhasen stand, so das der Verurteilte langsam geröstet werden und sich, kein Pfahl, der schärften Blut fernhalten konnte.

Man bläute ihn neugierig an, wie er, nackt oder doch fast nackt, verbrühte, seiner Seele Kraft gegen die Wut des Feuers zu geben. — Genau zu dieser Zeit hatte die Königin Marie Durst in ihrem Wochenbett. Sie sah eine

Humperbind gekorben. Aus Neu-Strelitz wird gemeldet: Der Komponist Humperbind ist im hiesigen Karolinenstift an den Folgen eines Schlaganfalles, zu dem eine Lungentzündung hinzutrat, gestorben. Seine Leiche wird nach Berlin überführt werden.

**Ein neuer Erfolg der freigewerkschaftlichen Angestelltenorganisation.** Vor Kurzem ist der Gehilfenausschuß der Handelsangestellten in Eger bei den letzten Gehilfenwahlen in die Hand des Zentralverbandes der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr, Sitz Teplitz-Schönau gelangt. Nunmehr konnte die freigewerkschaftliche Angestelltenorganisation einen weiteren Erfolg erringen, indem auch in Marienbad bei den Gehilfenwahlen der Handelsangestellten die Kandidaten der Marienbader Ortsgruppe des Zentralverbandes der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr einstimmig gewählt worden sind. Dieser neuerliche Erfolg der freigewerkschaftlichen Angestelltenorganisation ist die treffendste Antwort auf die von gegnerischer Seite immer wiederholte Behauptung von einem angeblichen Rückgang des Zentralverbandes der Angestellten. Der deutsch-nationale Handlungsgehilfenverband (D. S. V.), der insbesondere in der letzten Zeit eine wutende Agitation gegen den Zentralverband der Angestellten führte und kein Mittel schonte, um gegen die freigewerkschaftliche Angestelltenorganisation anzukämpfen, mußte sich in Eger als geschlagen bekennen und sich in Marienbad mit der einstimmigen Wahl der Liste des Zentralverbandes der Angestellten abfinden. Der Erfolg in Marienbad ist ganz besonders hoch anzuschlagen, weil die dortige Ortsgruppe des Zentralverbandes der Angestellten noch jung ist und vor noch ganz kurzer Zeit der berüchtigten Festbesoldekratschwindel und D. S. V.-Klingel alles beherrschte. Die neuen Erfolge der freigewerkschaftlichen Angestelltenorganisation beweisen, das die Gelben nunmehr auch bei den Handelsangestellten ausgespielt haben.

**Das Elend der Kinder im russischen Hungergebiet.** Die „Pravda“ bringt einen Bericht über die schreckliche Lage der Kinder an der Wolga. Die Kinder sind vom Elend am schwersten betroffen. Alle Kinderheime sind überfüllt, trotzdem findet täglich ein neuer Zustuß ausichtsloser Kinder statt. In den Straßen Samaras werden täglich bis 200 verlassene Kinder aufgefunden, für die es an Wohnung, Nahrung, Bekleidung mangelt, 40 Prozent von ihnen sind hantkrank. Die Sterblichkeit ist sehr groß. Ohne Ausschub muß Außerordentliches geleistet werden, um ein schreckliches Sterben zu verhindern. Die Kinderernährung in den Kinderheimen wie auch bei den Eltern ist sehr mangelhaft. Die bisher geleistete Hilfe ist unzureichend. Die Kinderjugendkommission bei der Allrussischen Exekutive hat dem amerikanischen Hilfskomitee über die schreckliche Lage der Kinder im Hungergebiet Mitteilung gemacht. Im Tschuwaschengebiet sind fast 300.000 hungernde Kinder und 7000 Säuglinge. Das Gouvernement Wjatka und das Mariengebiet haben über 500.000 hungernde Kinder; — die Tatarenrepublik 1.500.000, Gouvernement Ufa über 500.000. Auf den Straßen Ufa werden täglich bis 150 Waisen aufgefunden. Der Hungerschrecken hat einen noch größeren Umfang im Gouvernement Samara, wo epidemische Erkrankungen auftreten. Im Gouvernement Simbirsk sind fast 800.000 hungernde Kinder. In allen genannten Gouvernements beabsichtigt die Hilfskommission Hilfsbasen zu errichten, wohin die

halbe Melone auf einer Schüssel. Sie schleppte sich aus dem Bett, nahm die Melone und ließ nichts davon übrig.

Dann begann sie durch die Ablühlung dieser Erfrischung zu frösteln, bekam kalten Schweiß und sank auf den Boden, ohne sich rühren zu können.

„Ach“, seufzte sie, „ich wäre schnell wieder warm, wenn jemand mich ins Bett trägt.“ Da hörte sie den armen Bildhauer schreien: „Gaut die Füße ab!“

„Ach“, schloß die Königin Marie, „heult dort ein Hund zu meinem Lode?“

In diesem Augenblicke sah der Bildhauer um sich nur feindliche spanische Gesichter, er dachte an Flandern, das Land männlicher Kraft, kreuzte die Arme, schlepte die Kette in ihrer ganzen Länge hinter sich, ging auf die brennenden Strohhäuser und Reissbüdel zu, stellte sich mit gekreuzten Armen aufrecht und rief: „So sterben die Flämänder vor ihren spanischen Feinden. Gaut nicht mir, aber ihnen die Füße ab, damit sie nicht mehr mordeten gehen können. Es lebe Flandern! Flämänder in aller Ewigkeit!“

Und die Damen katzen den Beifall und riefen um Gnade, als sie ihn so stolz stehen sahen. Und er starb.

Die Königin Marie zitterte am ganzen Körper, weinte, ihre Zähne klapperten von dem Frost des nahen Todes, und sie streckte ihre Arme und Beine und sagte: „Legt mich in weiches Bett, um mich zu wärmen.“

Und sie starb.

Und so säte nach Kathelinen, der guten Geze, Vorauslage Philipp überall Blut, Tod und Tränen.

amerikanische Hilfskommission je einen Vertreter entsenden wird. — Und da behauptet Herr Simonor, der Sowjetvertreter für Australien, das vor einer Hungersnot . . . nicht die Rede sein kann!“

**Die „gereinigte“ Prager Polizei.** Der „Becer“ vom 27. d. witt mit, das die Konzeptsbeamten des kaiserlichen Polizeikommissariats entweder veretzt oder aus dem Dienste entlassen worden sind. Der Kommissariatsvorstand Patajch ging in Pension. Diese Veränderungen geschahen plötzlich und, wie der „Becer“ meint, zur rechten Zeit, denn von einigen gewesenen Beamten des kaiserlichen Kommissariats erzählte man sich schon längere Zeit wenig lobenswerte Dinge. Besonders bemerkenswert ist, das behauptet wurde, das sich die Konzeptsbeamten mit Privatangelegenheiten befassen, die sich keineswegs mit der Stellung eines staatlichen Amtes vertrügen. Es ist nötig, das die Öffentlichkeit über diese Angelegenheit informiert werde, die ein recht merkwürdiges Licht auf die „gereinigte“ Prager Polizei wirft. — Wichtig wäre vor allem, zu erfahren, welcher Art diese Privatangelegenheiten sind, mit denen sich die Konzeptsbeamten beschäftigen. Wenn darunter nur einfache Geschäfte zu verstehen wären, so müßten wir schon sagen, das dagegen nichts eingewendet werden kann. Man soll die Beamten eben besser bezahlen, dann werden sie es nicht nötig haben, sich einen Nebenberuf zu suchen, der ihre wirtschaftliche Lage bessert hilft, mag auch das berühmte Ständebewußtsein darunter leiden. Bessere Bezahlung der Beamten wird das „Ansehen der staatlichen Beamten“ mehr heben als phrasenhafte Hinweise auf ihre Würde. Wenn die Beamten aber unlautere Geschäfte treiben und treiben, verlangt es das Interesse der Öffentlichkeit, darüber Näheres zu erfahren.

**Passive Resistenz an der Wiener Universität.** Die Angestellten der Wiener Universität über seit Montag passive Resistenz. Die Hochschüler, die sich auf der Quästur einschreiben lassen wollten, erlebten dabei eine sehr unangenehme Ueberraschung. Schon vor 9 Uhr vormittags hatten sich mehrere hundert Studenten vor der Quästur eingefunden. Um 9 Uhr wurde auch richtig begonnen, doch wurde so langsam gearbeitet, das unter den Studenten eine allgemeine Unruhe entstand. Bald darauf erfuhr man, das sämtliche Angestellte der Universität, mit Ausnahme der Diener, in die passive Resistenz getreten sind. Die Ursache liegt darin, das ihre schon seit Jahren vorgebrachten Wünsche über eine Regelung der Gehaltsfrage nicht erfüllt werden. Vor allem verlangen die Angestellten, das sie als Staatsangestellte anerkannt werden.

**Eine ganze Stadt unter polizeilicher Aufsicht.** In Muklacs (Karpato-Rußland) wurde jüngst bei einer großzügigen allgemeinen Razzia jeder zur Polizei geschleppt, der keine neue, mit Photographie versehene Legitimation hatte. Und da wome jemand zu leugnen, das in Karpatorußland eine mustergültige Ordnung herrscht.

**Streitigkeiten zwischen rechtssozialistischen und kommunistischen Turnern.** Borgefern kam es zu Streitigkeiten zwischen Angehörigen des tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterturnvereines in Prag-Kleinseite und Gradtschin und Mitgliedern des kommunistischen Arbeiterturnvereines derselben Bezirke, da beide Vereine Anspruch auf die Benützung der Turnhalle in der Schule bei St. Mikolous in der Josefsgasse auf der Kleinseite erhoben. Der Stadtrat hatte die Turnhalle dem rechtssozialistischen Arbeiterturnverein überlassen. Borgefern gegen 7 Uhr abends kamen die rechtssozialistischen Turner unter Führung des Obmannes Rejzlar aus Smichow zur Turnhalle. Vor dem Hause hatten sich jedoch etwa 80 Angehörige des kommunistischen Turnvereines eingefunden, die beim Erscheinen Rejzlar's in entrüstete Furie ausbrachen. Die Mitglieder des kommunistischen Arbeiterturnvereines blieben, während die anderen Turner im Hause übten, vor der Turnhalle verammelt. Kurz vor 9 Uhr wurde dann der Bezirksohmann Rejzlar unter Assistenz der Sicherheitswache nach Hause geführt, damit er vor den aufgeregten Leuten beschützt werde. Diese gingen dann lebhaft debattierend auseinander.

**Störung einer heikalischen Veranstaltung.** Wie der Polizeibericht meldet, fand gestern um 11 Uhr vormittags bei der Wenzelsstatue am Wenzelsplatz ein katholischer Gottesdienst statt. Aus dem Fenster eines Hauses sahen der Geschäftsbreiter Walbert Boucel aus Pantroz, die Beamtin Marie Erdina aus Weinberge und die Beamtin Maria Dvorak. Dabel unterhielten sie sich angeblich laut, sodas die Teilnehmer an dem Gottesdienste unwillig wurden. Einige der Teilnehmer drangen in das Haus ein, die Polizei mußte Ruhe schaffen und die drei Zuschauer sicherstellen. Außerdem wurden noch einige andere Personen wegen „ungehöriger Verhaltens bei der gottesdienstlichen Handlung“ angehalten.

**Selbstmord einer jungen Frau.** Von der Regionärsbrücke sprang vorgestern gegen 9 Uhr abends eine unbekante, etwa 25jährige Frau in die Moldau, welche, während sie untertan, ununterbrochen rief: „Gottreich!“ Die Polizeiwache zog sie mit Hilfe eines Regionärs ans Ufer, aber die Wiederbelebungsversuche waren ohne Erfolg. Der Polizeiarzt konstatierte den eingetretenen Tod und die Leiche wurde behufs Vornahme der gerichtlichen Obduktion ins pathologische Institut gebracht.

Leiber verbunden, um in den Niederlanden die boshafte lutherische Ketzerei auszurotten. Seiner Heiligen Majestät bedünkte, das sei keineswegs genügend.

So sah Menspiegel allenthalben, wo er hinkam, voll Entsetzens nur Häupter auf Pfählen, junge Weiber, die in Säcken lebend in die Tisse geworfen wurden; nackte Männer auf Rad gepannt und mit schweren Eisenketten geschlagen, Frauen in Gräber geworfen, mit Erde bedeckt und Senker, die darauf herumtanzten, um ihre Brust zu zertreten. Aber die Weichtiger derer, so zuvor bereit hatten, verdienten in jedem Falle zwölf Wagen.

In Löwen sah er die Senker dreißig lutherische gleichzeitig verbrennen, und der Holzstoß wurde mit Schießpulver entzündet. In Limburg sah er eine ganze Familie, Männer, Frauen, Töchter und Schwiegeröhne Psalmen singend zur Hinrichtung gehen. Nur der Vater, der schon alt war, schrie, während ihn die Flammen erschafchten.

Und Menspiegel wanderte voll Angst und Schmerz weiter über diese arme Erde.

Philipp hatte Marie von Portugal geheiratet, deren Güter er seinem spanischen Herrschertum angliederte; mit ihr zeugte er Don Karlos, den grausamen Narren. Aber er liebte seine Frau nicht.

Die Königin litt an den Folgen der Geburt. Sie hütierte ihr Bett und hatte ihre Ehrennamen um sich, unter ihnen die Herzogin von Alba.

Philipp ließ sie oft allein, um Reher breunnetaten es ihm nach. So auch die Herzogin von Alba, die edle Wochenhüterin der Königin.

# Bewegung der Eisenbahner.

Es wird weiterverhandelt.

Die Verhandlungen der Vertreter der Rahmenorganisationen, und zwar der Genossen Grünzner und Czoch für den „Verband der Eisenbahner“, Brodecky und Stanel für die „Unie zel. Jarmetz“, sowie der Herren Prochazka und Rejedy für die „Sednota zrigenski drab“, Navratil und Polorny für den „Spolek cest. urednicku zel.“, mit dem Sektionschef Jng. Burger, in Vertretung des neuen Eisenbahnministers P. Gramel, Sektionschef Dr. Robohn und Sektionsrat Dr. Cerny, wurden am 27. d. fortgesetzt und währten bis in die Nachtstunden ohne zu einem befriedigenden Ergebnisse zu führen.

Erschwerend für ein gedeihliches Weiterstreiten der Durchberatung der brennenden Fragen hat der inzwischen eingetretene Regierungswechsel gewirkt, da hierbei auch ein Wechsel in der Person des Eisenbahnministers eingetreten ist. Da in allen Punkten das Eisenbahnministerium nicht kompetent ist, sind noch weitere Verhandlungen mit der Gesamtregierung erforderlich, wofür bis zum Ablauf des gestellten Ultimatums, d. i. bis 29. d. M., die beiden Tage Mittwoch und Donnerstag in Aussicht genommen sind.

Für den letzten genannten Tag, d. i. heute den 29. d., haben die die Aktion führenden Rahmenorganisationen auch bereits ihre Vertrauensmänner der Provinz, und zwar: für Böhmen nach Prag, Mähren und Schlesien nach Brünn und der Slowakei nach Sillein zur Entgegennahme des Berichtes über das Ergebnis der Verhandlungen und Beschlussfassung über die weitere Stellungnahme, einberufen.

Von der Entscheidung der Provinzvertrauensmänner in ihren heutigen Beratungen in Prag, Brünn und Sillein wird es abhängen, ob der für den 30. d. M. von 11—13 Uhr anberaumte Proteststreik auf allen Eisenbahnen der Republik zur Durchführung gelangt.

Die wichtigsten Forderungen, um die es sich in dieser Aktion vorwiegend handelt, sind:

Die endliche und restlose Durchführung der beiden Gesetze vom 7. Oktober 1919 und 9. April 1920 über die Regelung der Bezüge und die Durchrechnung der Dienstjahre, die Einhaltung der Bestimmungen des Gesetzes über die achtfünfstündige Arbeitszeit bei der Erstellung der Dienstfeinteilungen, bezw. Turnusse unter Heranziehung der Vertrauensmänner des Personals, die Einstellung der in letzter Zeit platzgegriffenen ungerechten Entlassungen älterer Arbeiter, die Wiedereinstellung der vom Militärdienste zurückkehrenden ehemaligen Eisenbahner, die Stabilisierung der Arbeiter und Arbeiterinnen im Sinne der früher getroffenen Vereinbarungen der Rahmenorganisationen mit dem Eisenbahnministerium bezüglich Qualifikation, Prüfungen und ärztlicher Untersuchung. Die Befebung der durch die Ausschaltung aus der staatlichen Brot- und Mehlversorgung entstandenen Schädigung, sowie die Finanzgriffnahme der Durchbehandlung der schwebenden Uniformierungsfrage, die Aufhebung der Rentenabschlüsse auf die Kredite aus der staatlichen Kleidungsaktion und die Unifikation der Bezüge der Bediensteten in der Slowakei und bei der Kaschau-Oderberger-Eisenbahn.

Die Meldungen einiger Prager bürgerlichen Blätter über einen unmittelbar bevorstehenden Streik der Eisenbahner sind zu mindestens verfrüht. Ob ein zünftiger Proteststreik zu führen ist, wird erst heute entschieden werden.

## Westungarn.

Neun österreichische Gendarmen verschleppt. Wiener-Neustadt, 27. September. In Nu am Leithaberg wurden neun Gendarmen, die in Aufstellung lagen, während sich ihre Kameraden auf Streifung befanden, von ungarischen Banden überfallen und verschleppt. Wie amtlich mitgeteilt wird, hat die österreichische Regierung sofort energische Schritte eingeleitet, um die Freilassung der auf österreichischem Boden überfallenen Gendarmen zu erwirken und Sühne für diesen Zwischenfall zu verlangen.

Die kleine Entente bereit, den Trianoner Frieden durchzusetzen.

London, 27. September. Reuter erfährt, daß die Alliierten die Antworten der rumänischen und der südbaltischen Regierung erhalten haben, in denen die Bereitwilligkeit dieser Länder ausgedrückt wird, in wirtschaftlicher und sonstiger Zusammenarbeit die Ausführung des Trianoner Vertrages sicherzustellen und den Frieden durchzuführen. Das Unternehmen wird gemeinsam mit den guten Diensten der tschechoslowakischen Regierung als außerordentlich wichtig angesehen, da die Notwendigkeit besteht, daß die kleine Entente den allgemeinen Plan der Aufrechterhaltung des Friedens in diesen Ländern ihre Hilfe leiht.

Die Vorkonferenz würde keine Einwände gegen ein Österreichisch-ungarisches Abkommen erheben.

Paris, 28. September. (Gaba.) Die Vorkonferenz beschloß heute Vormittag, keine Einwände in Angelegenheit des Abschließes eines Abkommens zwischen Oesterreich und Magharien zu erheben, wenn Oesterreich auf die Anwesenheit einer Vermittlung eingeht, mit dem Vorbehalt, daß die strittigen Komitate innerhalb der durch die letzte Note der Vorkonferenz festgesetzten Frist geräumt werden. Die Vorkonferenz beschloß weiter, daß die Sachverständigen nächste Woche den Schlußbericht über Albanien erlaten.

Meinungsverschiedenheiten der Grenzberichtigungs-Kommission.

Jala-Szergez, 27. September. (Maghar. Korr.-Bureau.) Nach den aus den besetzten Gebieten hier eingelangten Nachrichten ist die Arbeit der Grenzberichtigungs-Kommission ins Stocken geraten. Zwischen den italienischen und japanischen Mitgliedern der Kommission einerseits und den französischen und serbischen andererseits sind Gegensätze entstanden, sobald der serbische Delegierte nach Belgrad abreiste, um von seiner Regierung Informationen einzuholen. Infolge dieser Vorfälle konnte in Mosonbadva die Vollabstimmung nicht durchgeführt werden.

Die Magyaren wollen auf Fehdburg nicht verzichten.

Genf, 27. September. Graf Apponyi, der Führer der ungarischen Abordnung in Genf erklärte einem Pressevertreter, daß mit der Zurückziehung des Aufnahmsgesuches Ungarn nicht etwa ein Unrecht im burgenländischen Konflikt zugegeben habe. Ungarn sei bereit, den Verpflichtungen des Vertrages von Trianon nachzukommen, aber es hätte gehofft, daß die verschiedenen Entschädigungsforderungen, die es gegen Oesterreich geltend zu machen habe, wie auch die Form der Uebergabe des Burgenlandes vorher geregelt worden wären. Ungarn sei keineswegs Verpflichtungen eingegangen, auf die Wiederherstellung der Habsburgerdynastie zu verzichten. Es werde nie eine solche Verpflichtung eingehen. Die Frage der Wiederherstellung der Dynastie selbst wolle er nicht berühren, aber an dem Grundsatz müsse Ungarn unbedingt festhalten, an dem Grundsatz seiner nationalen Souveränität und dem Grundsatz, daß dem Friedensvertrage von Trianon keine neuen Verpflichtungen hinzugefügt werden dürfen. Ueber wolle Ungarn überhaupt auf den Eintritt in den Völkerverbund verzichten, als diese Grundsätze aufgeben.

## Die Abrüstungskomödie.

Genf, 27. September. Die dritte Kommission für Abrüstung und Blockade war heute der Schauplatz einer großen Debatte über das Abrüstungsproblem. Lord Cecil (Südafrika) brachte eine Resolution ein, in der die temporäre gemischte Kommission für Abrüstungsbeschränkungen aufgefordert werden soll, einen präzisen Antrag auf Abrüstungsbeschränkungen auszuarbeiten, der in Form eines Antrages oder einer anderen schlüssigen Form vom Rat der nächsten Versammlung zu unterbreiten wäre. Der englische Delegierte Fisher und der französische Delegierte Renauld sprachen sich gegen ein solches Projekt aus, solange die Vereinigten Staaten und Rußland im Völkerverbund fehlen, das schwierige Problem der Abrüstung könnte nur nach und nach gelöst werden, man müsse mit positiven Anträgen bis zum nächsten Jahre warten. Branding (Schweden) hält es für gefährlich, die Frage wieder um ein Jahr zu verschieben. Cecil hebt hervor, daß alle Untersuchungen noch keine Abrüstung bedeuten und noch nicht bewirkt hätten, daß auch nur ein einziges Bataillon weniger auf der Welt sei. Schanzer (Italien), der zu vermittelnde Stellung nehmen möchte. Er erklärte sich gegen den Vorschlag Cecils, weil er die temporäre gemischte Kommission in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung für die Ausarbeitung eines allgemeinen Abrüstungsplanes für ungeeignet hält. Nach einer längeren Debatte stimmte Cecil dem Vorschlage Renaulds zu, demzufolge die temporäre gemischte Kommission nur ganz allgemeine Vorschläge für die Beschränkung der nationalen Rüstungen ausarbeiten wird. Cecil begründete seine Zustimmung damit, daß es vor allem darauf ankomme, daß der Völkerverbund überhaupt eine Abrüstungspolitik betreibe. Außerdem wird gefordert, daß die temporäre gemischte Kommission verstärkt werden soll. Die Entscheidung wurde mit 22 Stimmen bei einigen Stimmenthaltungen angenommen.

## Eine Währungskonferenz.

London, 27. September. Die Reuter meldet, nehmen die Beratungen für die Abhaltung einer internationalen Währungskonferenz in London Anfangs Dezember gutem

Fortgang. Die Konferenz wird von bekannten englischen Finanzautoritäten in die Wege geleitet, um die ganze Währungsfrage zu prüfen und ein Programm für die Maßnahmen zu entwerfen, durch welche die Währungen der verschiedenen Länder wieder hoch gebracht werden soll. Die Regierungen der einzelnen Länder sind zur Entsendung von Delegierten aufgefordert worden. Zustimmung haben sich bereits die Vereinigten Staaten, Frankreich, Deutschland, die Niederlande, Schweden und Dänemark geäußert.

## Deutschland beirathe gänzlich entwaffnet.

London, 28. September. Das Reutersche Bureau erfährt, daß den letzten maßgebenden britischen Kreisen eingegangenen Bericht zufolge, die interalliierte Kontrollkommission ihre Aufgabe der Entgegennahme der zur Zerstörung bestimmten von Deutschland ausgelieferten Waffen so gut wie beendet hat und sich jetzt mit der Kontrolle der verschiedenen Postzeitrapen befaßt. Bis Mitte September seien nur noch 102 Geschütze zur Vernichtung übriggeblieben, nachdem 2280 Geschütze bereits zerstört worden seien. Es müssen noch eine Million Tonnen geladener Granaten zerstört werden, 34 Millionen seien bereits vernichtet worden. Es seien nur noch 186 Grabenmörser vorhanden, deren 110.340 (?) bereits zerstört worden sind. 2852 Maschinengewehre seien noch unversehrt, nachdem 83.586 zerstört wurden. An Munition für kleine Waffen seien zerstört: 355 Millionen Patronen, 90 Millionen seien noch vorhanden. Es seien noch 163.000 Gewehre übrig. Angeliefert und zerstört wurden 4.160.000 Gewehre.

## Hilfe für die Oppauer Opfer.

Berlin, 28. September. (Wolff.) Im Reichstage wurde auf Grund einer sozialistischen Interpellation die Katastrophe von Oppau besprochen. Reichsarbeitsminister Drann erklärte, daß über die Ursache der Explosion eingehende Untersuchungen unter Einziehung der wirtschaftlich zuständigen Stellen stattgefunden hätten und auch weiter stattfänden, daß aber ein endgültiges Ergebnis noch nicht bekannt gegeben werden könne. Hilfe für die Opfer werde weiterhin mit größter Beschleunigung und im größtmöglichen Umfange geleistet werden.

## Ratifikation der Friedensverträge durch Amerika.

Washington, 28. September. (Gaba.) Wilson hat die Senatoren der demokratischen Partei zur Beschlussfassung über die Stellungnahme zur Ratifikation der Friedensverträge mit Deutschland und Oesterreich einberufen.

## Antwort Lloyd Georges an de Valera.

London, 28. September. (Reuter.) Die Blätter melden, daß die Antwort Lloyd Georges an de Valera heute nach Irland telegraphiert wurde, jedoch in London nicht veröffentlicht wurde, bevor nicht die Bestätigung eintrifft, daß sie vom Irtenführer empfangen worden ist. In der Note wiederholt der Premier die Einladung zu einer Konferenz in London.

## Englisch-russischer Notenwechsel.

Moskau, 28. September. Die russische Note auf die englische Note, wegen Nichterhaltung der Bestimmungen des Handelsabkommens ist in London eingetroffen. Die Note versichert, daß die russische Regierung von der Unrichtigkeit der englischen Vorwürfe überzeugt sei, daß aber genaue Nachforschungen angestellt werden, um auch in den Einzelheiten festzustellen, daß sich die Organe der Regierung keiner englandfeindlichen Handlung schuldig gemacht haben.

## Rußland will den Friedensvertrag mit Polen erfüllen.

Paris, 28. September. (Funk.) Aus Warschau wird vom 27. ds. M. berichtet: Tscherebin habe auf die polnische Note geantwortet und von der polnischen Regierung einen Aufschub von wenigen Tagen verlangt, um die Verpflichtungen des Friedensvertrages zu erfüllen.

## Industrielle Krise in Nordamerika.

Paris, 28. September. Der „Daily Telegraph“ meldet aus Newyork, daß sich in der industriellen Lage der Vereinigten Staaten die Krise mit großen Schritten nähere. Die nächste Woche müßte entscheiden, ob es zu einem fürchterlichen Kampfe kommen wird, darunter zum Streik der Eisenbahner, Vergleuten und anderer Arbeiter oder zu einer Regelung im Guten und zur Annahme der Lohnverminderungen durch die Arbeiterschaft. Bei den Eisenbahnern sei eine überwältigende Mehrheit für einen Streik.

## Der neue Zentrumsführer.

Berlin, 28. September. Die Reichstagsfraktion der Zentrumsparthei hat anstelle des verstorbenen Trimborn den Abg. Marx zum ersten Vorsitzenden gewählt.

## Kleine Chronik.

Eine ganze Stadt unter dem Hammer. Es dürfte sich bisher wohl noch nicht ereignet haben, daß eine ganze Stadt unter dem Hammer kommt. Dieser Fall wird aber demnächst in der englischen Stadt Reigate, in der Nähe von London, Wirklichkeit. Eine der größten Londoner Versteigerungsfirmen wird während dreier Tage die gesamte Stadt zur Versteigerung bringen, so das Rathaus, Hotels, Banken, zahlreiche Läden, Garagen, Kinos, Wohn- und Landhäuser, endlich unbebaute Grundstücke, so daß man tatsächlich von der Veranlichung einer ganzen Stadt sprechen kann.

Ein Elefant, der seinen Arzt tötet. In dem Zoologischen Garten in Rom wurde der Arzt Dr. Camozza bei dem Versuch, an dem größten afrikanischen Elefanten des Gartens einen Abszess zu operieren, getötet. Dr. Camozza, der betretungsweise die Tiere des Zoologischen Gartens behandelte, hatte kürzlich einen großen Drang-Mang operiert, der augenscheinlich Verständnis dafür besaß, daß ihm nur zu seinem Besten Schmerzmittel zugeführt wurden und daher ruhig auf dem Operationstisch lag und alles mit sich geschickter ließ. Der Arzt nahm an, daß der Elefant ebenso viel Muthheit beweisen würde, aber als er den dritten Einschnitt machte, riß der Elefant seinen Kopf von den Wärtlern los, die ihn mit Fesseln hielten, warf den Arzt nieder und trat in voller Wuth auf ihm herum, sodas jeder Anochen in seinem Körper zerbrochen wurde. Darauf nahm der Elefant den leblosen Körper des Arztes in seinen Rüssel und schlenkerte ihn nach mit voller Wuth gegen die Eisenstangen des Käfigs.

Brand eines großen Pariser Warenhauses. Paris, 28. September. Im Neubau des großen Warenhauses Printemps auf dem Boulevard Hausman ist heute früh ein Brand ausgebrochen, der das ganze Gebäude ergriff. Um 9 Uhr früh stürzte die Front ein. Alle Pariser Feuerwehren sind an der Brandstätte erschienen. Es gelang, den alten Bau zu schützen. Personen sind nicht zu Schaden gekommen. Der Brand dürfte infolge Kurzschlusses entstanden sein.

General Ungern-Sternburg nicht erschossen? Berlin, 28. September. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ läßt sich aus Genf berichten, daß General Ungern-Sternburg noch nicht erschossen worden sei. Nichtig sei zur Voruntersuchung nach Nowo-Nikolajewsk gebracht wurde, von wo er durch einen besonderen Sowjetkommissar nach Moskau geholt wird, um vor Gericht gestellt zu werden.

Verurteilte Sowjetbeamte. Moskau, 28. September. (Funk.) Zehn Angestellte des Volksgesundheitsamtes waren vor dem Moskauer Revolutionstribunal bedeutender Unterschleife angeklagt. Vier Angeklagte wurden zum Tode durch Erschießen, die übrigen zu Kerkerstrafen verurteilt.

Wolgastieber. Moskau, 28. September. (Funk.) Aus Paryzin wird gemeldet: Das Wolgastieber nimmt im Gouvernement die Formen schwerer tropischer Malaria an. Die Krankheit führt häufig, besonders bei Kindern, zum Tode. In der Stadt nimmt die Zahl der Erkrankungen an rückkehrendem Typhus und an Flecktyphus zu.

## Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Der tschechoslowakische Außenhandel im Februar 1921. Nr. 2 der „Statistischen Uebersichten betreffend den auswärtigen Handel der Tschechoslowakischen Republik“ gemäß betrug die Wareneinfuhr während des Monats Februar 1921 im ganzen 3.776.207 Zentner, die Ausfuhr dagegen 6.719.563 Zentner Ware. Davon entfällt der Menge der eingefuhrten Ware nach das Meiste auf Deutschland (2.054.348 Zentner), auf Oesterreich 292.838 Zentner, auf die Vereinigten Staaten von Nordamerika 274.784 Zentner, auf Magharien 207.794 Zentner usw. Der höchste Posten der Wareneinfuhr der Menge nach entfällt auf Deutschland (2.927.478 Zentner), auf Oesterreich 1.934.564 Zentner, auf Magharien 799.222 Zentner, auf Polen 405.536 Zentner usw. nach Rohstoffen, Fabrikaten und Halbfabrikaten, nach Produktionsgruppen geordnet: Die Einfuhr beträgt im ganzen 2.817.812 Zentner und außerdem 253 Stück Rohstoffe, 258.831 Zentner Halbfabrikate und 699.564 Zentner und 23.804 Stück Fabrikate. Was die Ausfuhr anbelangt, entfallen auf Rohstoffe 5.641.863 Zentner, auf Halbfabrikate 483.352 Zentner, auf Fabrikate 594.302 Zentner und 209.607 Stück.

Welche Waren werden bei uns eingeführt und was wird ausgeführt? Dem „Gesamtwirtschaftlichen Bericht“ entnehmen wir, daß die größten Einfuhrposten im Jahre 1919 bildeten: Mehl und Getreide (22,3 Prozent; des Einfuhr-Gesamtwertes), Baumwolle, Garne und Waren daraus (16,9 Prozent); Fette (10,4 Prozent); Wolle, Woll- und Wollwaren (8,6 Prozent); im Jahre 1920: Baumwolle, Garne und Waren daraus (19,6 Prozent); Getreide, Mehl usw. (11,8 Prozent); Wolle, Wollgarne und Wollwaren (7,4 Prozent); Petroleum, Fette. Die bedeutendsten Ausfuhrposten entfielen im Jahre 1919 auf Zucker (24,9 Prozent des Ausfuhr-Gesamtwertes); Rohle und Holz (18,6 Prozent); Obst, Gemüse, Pflanzen

und Pflanzenteile (19.7 Prozent); Glas- und Glaswaren (6.7 Prozent) ferner Wolle und Wollwaren, Eisen und Eisenwaren; im Jahre 1920: Wolle und Wollwaren (20.6 Prozent), Glas und Glaswaren (16.3 Prozent), Zucker (13.7 Prozent), ferner Kohle, Holz, Baumwolle, Garne und Waren daraus: Wenn man den Wert unseres auswärtigen Handels nach den Ländern ins Auge faßt, befinden sich an der Spitze der Einfuhrländer (Herkunftslander) im Jahre 1919: die Vereinigten Staaten von Nordamerika (25.9 Prozent des Gesamtwertes unserer Einfuhr), Deutschland (14.2 Prozent), ferner Italien, Oesterreich, die Schweiz; im Jahre 1920: Deutschland (23.5 Prozent, die Vereinigten Staaten von Nordamerika (18.6 Prozent), Oesterreich (11.7 Prozent), ferner die Niederlande. Die bedeutendsten Wertposten unserer Ausfuhr entfallen auf folgende Bestimmungslander: im Jahre 1919 auf Oesterreich (29 Prozent des Gesamtwertes unserer Ausfuhr), Deutschland (19.9 Prozent), Frankreich (10.6 Prozent), ferner Polen samt dem Plebiszit-Gebiete; im Jahre 1920 Oesterreich (35.4 Prozent), Deutschland (15.5 Prozent), Frankreich (9.3 Prozent), ferner Magharien, Italien.

**Ein Hausangestelltenrecht in Deutschland.** Die deutsche Regierung legt dem Reichstag einen Regierungsentwurf enthaltend ein neues Hausangestelltenrecht vor. Der Entwurf zeigt, daß er von reaktionären Beamten ausgearbeitet ist. Eine geradezu ungläubliche Bestimmung lautet, daß Kinder unter 14 Jahren nicht länger als drei Stunden beschäftigt werden dürfen. Es können also Kinder unter 14 Jahren als Hausgehilfen angestellt werden! Die Begründung dieser reaktionären Bestimmung ist bemerkenswert. Sie lautet: „Es liegt im Interesse der Kinder, die durch die verhältnismäßig leichte Hausarbeit in den Stand gesetzt werden, früh etwas zu verdienen, ohne doch Schaden zu nehmen.“ — Die Höchstarbeitszeit ist pro Woche auf 56 Stunden festgesetzt, dagegen spricht aber das Gesetz von einer 13stündigen „Arbeitsbereitschaft“, die nichts anderes sein kann als eine Uebertretung des Achtstundentages. Nach neun monatlicher Beschäftigung im gleichen Haushalt steht dem Hausangestellten alljährlich ein Urlaub von mindestens einer Woche zu. Der Lohn wird monatlich gezahlt, doch kann die Landesbehörde in Orten mit weniger als 5000 Einwohnern die Zeit bis zu drei Monaten verlängern, was einfach ungeheuerlich ist. Der Hausangestellte kann sofort entlassen werden, wenn er einen „unstatlichen Lebenswandel“ führt, was wieder eine kauschulartige Bestimmung ärgerster Art ist. § 29 behandelt die Arbeitsbescheinigung, die ein jeder Hausangestellte hat. — Wie zu sehen ist, enthält das Gesetz eine Reihe von Bestimmungen, die für die Arbeiterklasse anzunehmen ganz unmöglich ist.

**Die Nacharbeit der Bäcker.** Im § 8 des Gesetzes vom 19. Dezember 1918 (Gesetz über den Achtstundentag) ist ausgeprochen, daß die Arbeit in der Nachtzeit (das ist von 10 Uhr abends bis 5 Uhr früh) verboten ist, wodurch der langjährigen Forderung nach der Aufhebung der Nacharbeit der Bäcker entsprochen wurde. Ein Teil der Bäckermeister verfuhr nun wieder zur früheren Nacharbeit ihrer Gehilfen zurück. Deswegen haben die Bäckergehilfen in einigen Städten einen Kontrolldienst eingerichtet, um alle jene Meister und Gehilfen ausfindig zu machen, die trotz des gesetzlichen Verbotes, bei der Nacht arbeiten. Es wurde nun festgestellt, daß in vielen Fällen Nacharbeit verrichtet wurde und es wurden die Schuldigen zur behördlichen Anzeige gebracht. Insbesondere im Leptlitz Bezirk hatten sich die Fälle gehäuft und es wurden nun acht Meister zu gemeinlichen Strafen verurteilt, darunter drei zu je 1000 Kronen Strafe für die systematische Verletzung der gesetzlichen Vorschriften. In der letzten Zeit ist auch in Kreisen der Bäckermeister die Meinung ausgetauscht, daß diejenigen Meister die ohne Befehling und Gehilfen zu arbeiten gewillt sind, in der Nacht baden zu können. Das ist jedoch nicht der Fall, denn das Ministerium für soziale Fürsorge hat in einer Verordnung bestimmt, daß die Erzeugung von Waren bei Nacht unter den im § 8 genannten Ausnahmen

unterfagt ist, mithin auch derjenige Meister keine Arbeit verrichten darf, der allein oder mit seinen Angehörigen die Erzeugung bewerkstelligt. Sache der Arbeiterschaft ist es nun, unablässig dahin zu arbeiten, daß überall in den Bäckereibetrieben die gesetzlichen Vorschriften aufricht erhalten werden.

Ein rührendes Bild internationaler Solidarität. Das Versicherungswesen auf dem Gebiete der Slowakei wird jetzt „nationalisiert“. Das slowakische Geschäft der Ersten Ungarischen Allgemeinen Versicherungsgesellschaft würde übernommen von einer neugegründeten slowakischen Gesellschaft mit 6 Mil. Kronen Aktienkapital, deren Gründer die Erste Ungarische Allgemeine Versicherungsgesellschaft in Budapest, die Erste böhmische Wechselseitige Versicherungsanstalt in Prag und die Erste slowakische Versicherungsgesellschaft in Preßburg sind. Bei der konstituierenden Gründungsversammlung der neuen „Slowakischen Versicherungsgesellschaft A. G. in Bratislava“ haben Ungarn, Tschechen und Slowaken einander um die Wette gelobt. Im Verwaltungsrat, in der Direktion und im Aufsichtsrat sitzen neben den Vertretern des ungarischen, böhmischen und slowakischen Kapitals auch die Führer des slowakischen politischen Lebens, z. B. der bevollmächtigte Minister der Slowakei Dr. Martin Micura, der Ministerialrat Dr. Josef Kallay usw. Der heilige Profit löst die nationalen Gegensätze in Harmonie auf.

**Statt Agrarreform — nationale Kolonisation.** Von der Bodenreform wurde in der Slowakei bisher fast gar nichts verwirklicht. Selbst die slowakischen Bauern haben vom Großgrundbesitz sehr wenig bekommen. Das Bodenamt, wie es der Vizepräsident Solubel dem Mitarbeiter des „Slovensky Dennik“ mitteilte, beschäftigt sich aber mit dem Gedanken, slowakischen Kolonisten aus Polen in der Slowakei Boden zu geben. Agrarpolitische Rücksichten kommen bei der Bodenreform nicht in Betracht. Nationale Kolonisation, das ist die Hauptsache.

**Wer revolutioniert die Gewerkschaften?** Das Organ der sozialistischen Partei Rumäniens „Reparati“ (Wolkowille) teilt folgenden interessanten Fall mit: Vor dem Klausenburger Kriegsgericht wird ein großer Verschwörungsvorgang verhandelt. Auf der Anklagebank sitzen zumeist aus Ungarn entsandte Sorbth-Agenten. Der eine aus Ungarn entsandte Angeklagte, Andreas Tamas sagte bei seinem Verhör: „Ich wurde nach Kronstadt geschickt, um an der dortigen Radio-Station zu studieren, aber eher noch um die Arbeitergewerkschaften zu revolutionieren.“ Die „Revolutionierung der Gewerkschaften“, mit dieser Marschroute der kommunistischen Propaganda sendet Sorbth seine Agenten nach Siebenbürgen. Der Reparatur knüpft an diese Tatsache folgende Bemerkung: „Die Andreas Tamas sind in der Arbeiterbewegung noch immer in großer Anzahl vertreten. Sie machen die ernste Arbeit im Interesse der Arbeiterschaft unmöglich. Die von ihnen verbündete revolutionäre Demagogie wird bloß zur neuerlichen Stärkung der Reaktion führen.“

**Englische Eisenbahnerstreik.** London, 27. September. (Reuter.) Infolge des Generalstreikes auf den Linien der Great Southern und Western Railway sind heute alle Verbindungen nach dem Süden abgeschnitten.

**Ans der Partei.** Die Bezirksorganisation Haida hielt am 25. September ihre Jahresversammlung in Haida ab. In der Mitgliederzahl der Frauenorganisation ist ein kleiner Rückgang, während bei den Männern trotz des Abfalles von Mitgliedern in zwei Lokalorganisationen an die Kommunisten ein wesentlicher Zuwachs zu verzeichnen ist. Die Neuwahlen in die Bezirksvertretung ergaben: Obmänner: Ed. Bürgermeister, Ant. Meyner, Ferdinand Lichtner, Kasser Anton Lechner, Schriftführer Otto Wallek und Ferdinand Schlegel; Kontrolle: Josef Sperlich und Franz Freismuth. Zum Parteitag werden drei Delegierte entsendet, und zwar die Genossen Otto Wallek und Ed. Bürgermeister, ferner eine Genossin, welche die Frauenbezirkskonferenz bestimmen wird.

Die Bezirkskonferenz Graslitz, die Sonntag, den 18. September in Graslitz stattfand, faßte folgende Beschlüsse: Dem Parteitag ist ein Antrag zu unterbreiten, für Bildungszwecke einen Extrabeitrag in der Höhe von zwei Kronen pro Jahr und Mitglied einzubehalten. — Zur Wiederbelebung des Parteilbens sind in allen Lokalorganisationen Versammlungen mit einem Tätigkeitsbericht der Abgeordneten abzuhalten. — Als Delegierte zum Parteitag wurden gewählt: Anton Franke-Graslitz, Johann Baumgartl-Rohau und Marie Gänzl-Graslitz in der am 25. September stattgefundenen Frauenkonferenz.

**Parlamentarischer Rechenschaftsbericht im Tropauer Kreise.** Die sozialdemokratischen Senatoren und Abgeordneten des Kreisgebietes Troppau erstatteten in den verfloffenen 14 Tagen in einer Reihe Versammlungen Bericht über die parlamentarische Tätigkeit. Abgeordneter Genosse Hans Jolli sprach in den Orten: Kohlsdorf, Kunzendorf, Rottwasser, Schwarzwasser, Weißwasser, Bärzdorf, Adelsdorf, Oberlindewiese, Niederlindewiese. Senator Genosse Linz sprach in Weidenau, Friedeberg, Freitalwald, Hohenploh und Liebental, Abgeordneter Rudolf Seeger in Oberdorf, Judantale, Dammersdorf, Petersdorf, Weiskirch. Fast alle Versammlungen erfreuten sich eines guten Besuches. In den Orten Kunzendorf, Bärzdorf, Freitalwald und Adelsdorf hatten sich kommunistische Redner eingefunden, denen von unseren Referenten überall gründlich beigeleuchtet wurde.

**Turnen und Sport.**

**Die Meisterschaftsspiele im 5. Kreise des Arbeiter-Turn- und Sportverbandes.** Sonntag, den 25. September, trafen sich in Dux die Bezirksmeister des 5. Kreises zum Kampf um die Kreismeisterschaft in Schlag-, Faust- und Fußball.

Im Schlagball standen sich Auffig-Verchensfeld und Krochwitz gegenüber, nachdem Krochwitz in der Vorrunde Rosen leicht besiegt hatte. Das Spiel litt unter der Unfähigkeit des Schiedsrichters, der dem flotten Spiel der beiden Mannschaften nicht folgen konnte. Dadurch kamen beide Mannschaften nicht zur Entwicklung, obwohl sie über ausgezeichnete Spieler verfügten. Resultat 22-28 für Verchensfeld, welche Kreismeister für 1921-22 sind. Es wäre zu wünschen, daß sich die Arbeiter für das Schlagballspiel, welches in den Anforderungen, die es an die Spieler stellt, und durch spannende Momente alle anderen Spiele übertrifft, mehr interessieren.

Im Faustball fand nach den Vorrunden der Endkampf zwischen Görkau und Bodenbach statt. Scharfes, technisch gutes Spiel. Man sah, daß auch Faustball bei scharfen Gegnern blitzschnelles Erfassen und große körperliche Gewandtheit erfordert. Kreismeister wurde Görkau.

Im Fußball schlug Weiskirch Verchensfeld 7:3. Zwei alte Rivale standen da einander gegenüber. Die Fans aber, die da glaubten, daß es bei der bekannten scharfen Spielweise der Gegner „Sensation“ geben würde, wurden gründlich enttäuscht. Wir wünschten, daß alle Spieler der Arbeiterpartei sich in solch mustergültiger Form abzuwehren würden, wie dieses Spiel. Allerdings war der Schiedsrichter (Eimerich-Dresden) ein gestrenger Herr und nahm den Spielern im vorhinein jeden Gedanken an ein „Eichgehenlassen“. Er verdiente sich mit seiner vorzüglichen Arbeit ein Sonderlob. Spielverlauf: Im Anfang spielte Weiskirch sehr erfahren, sodas Verchensfeld durch geschicktes Ausweichen der Situation zweimal einsehen konnte. Beide Bälle wären zu halten gewesen. Dann folgte Angriff auf Angriff. Verchensfeld hatte Pech und verlor durch knapp nacheinander zwei „Hand“ im Strafraum. Die hiesige distanzierte Eisenbrücken Weiskirch (zwei Tore 2:2). Kurz vor der Spielpause drückte Weiskirch in schön kombiniertem Angriff durch und konnte trotz emsiger Arbeit der Verchensfelder Verteidigung das dritte Tor durch einen scharfen Schuß buchen. Halbzeit 3:2. — In der zweiten Halbzeit folgten rasch nacheinander scharfe Angriffe Verchensfelds, sodas die Weiskirchler alle Mühe haben, sie knapp vor dem Tore aufzuhalten. Durch diesen Kräfteaufwand wird Verchensfeld matt und die körperliche Ueberlegenheit der Weiskirchler macht sich geltend. Die folgenden vier Tore für Weiskirch waren schöne Spielleistungen und verdient. Schönes flaches Spiel mit ruhigem Besessen. Der rechte Betel-

diger Verchensfelds sorgte dafür, daß das Punktverhältnis nicht größer wurde. Einmal noch raffte sich Verchensfeld auf und sendet den Ball in die Weiskirchler „Kiste“. Hieraus Schluß 7:3 für Weiskirch, welches damit seine Kreismeisterschaft behauptet. — Das Spiel zeigte, daß man auch ohne „Kichern“ und „Schmierern“ guten Sport bringen kann. Das Spiel war ehrenvoll für Sieger und Besiegte.

Am gleichen Tage wurden auch Leichtathletische Wettlämpfe ausgetragen. Die unzulängliche Vorbereitung und zu späte Bekanntmachung waren wohl Schuld daran, daß aus der Sache nicht viel wurde. Die besten Kämpen fehlten. Hochsprünge 1.50, Stabhoch 2.75, Weitsprünge 5 Meter usw. sehen wir auf jedem Bezirksturnfest zur Genüge. Jedenfalls war Dux nicht der geeignete Ort, zum eine genaue Durchführung zu gewährleisten. Die ganze Arbeit lag ja bei 2-3 Männern. Wobei dies dem Kreispielausschuß, der ja noch herausholte, was möglich war, eine Lehre sein. Die Resultate waren nicht das wahre Bild der Leistungsfähigkeit unserer Arbeiterturner.

**D. F. C. Prag gegen A. C. Sparta 0:5 (0:1).** Die Mannschaft des D. F. C. war dem Gegner in keiner Weise gewachsen. Das Fortward kombinierte ungenau, seine Angriffe, denen die nötige Durchschlagskraft fehlte, wurden von dem schwach spielenden Haß in keiner Weise unterstützt. Die Spartamannschaft führte ein hochklassiges Spiel vor, wenn auch ihr Fortward viel verschob. Spiel fair; Zuschauer 18.000; Schiedsrichter gut. Union Blyton gegen S. R. Slavia 3:1.

**Kunst und Wissen.**

**Neues Theater.** Heute Donnerstag „Die Weber“, Freitag „Salome“ mit Frau Sanden als Salome, Samstag 10 Uhr nachts „Schöne Seelen“, „In Ewigkeit Amen“, „Brautkammer“, Romanowitsch als Gast.

**Mitteilungen aus dem Publikum.**

**„Urania“.** Polizeirat Tartaruga-Wien. Zwei Vorträge: Montag, 3. Oktober, 8 Uhr: „Kriminaltelepathie.“ — Dienstag, 4. Oktober: „Fetters aus der Polizeistube.“ Die Wiener Presse schreibt: „I. hat einen gewandten, fließenden Vortrag, seine Bilder aus der Polizeistube wirkten packend und erregten oft große Felerkeit.“ Karten 8-8 Kronen täglich in der Urania-Kasse. Mitglieder Ermäßigung.

**An unsere Abonnenten.**

Der heutigen Nummer liegt ein Erlassheim bei und ersuchen wir, die Bezugsgebühr auf denselben einzahlen zu wollen, damit in der Zustellung keine Unterbrechung eintritt. Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß die Einzahlung unter demselben Namen erfolgen muß, unter welchem die Bestellung gemacht wurde.

Die Bezugsgebühr beträgt Ks 16. monatlich und ist stets im Vorhinein zu entrichten. Das Abonnement kann täglich beginnen, endet aber stets mit Monatschluß und wir ersuchen, dies bei der Einzahlung zu berücksichtigen.

**Vereinsnachrichten.**

**Zentralverband der Angestellten in Judritze, Handel und Verkehr, Ortsgruppe Prag.** Donnerstag, den 29. September um 8 Uhr abends findet im Restaurant „Goldenes Kreuz“, Kelaganka, die Monatsversammlung statt. Tagesordnung: Das Betriebsrätegesetz. Referent Kollege Karl Sedwitt aus Leptitz. Gäste willkommen.

**Herausgeber:** Dr. Rudolf Tschek und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

Vertrauliche allerbeste Bezugsquelle.  
**Billige Bettfedern vom Gänsezüchter!**  
1 kg graue Halbchleisfedern Ks 18.—, halbweiße geschlissene Ks 22.— u. 24.—, weiße flaumige Ks 35.—, 40.— und 50.—, Herrschafts-Halbflaumchleis Ks 70.— u. 80.—, hochfeine Ks 90.—, ungeschl., weiße, feine Ks 62.— u. 80.—, grosse fertige Tuchente, gut gefüllt Ks 160.—, 180.— und 250.—, Koppelpolster Ks 40.—, 55.— u. 75.— versendet gegen Nachnahme Wenzel Fremuth, Deschenitz Nr. 145, Böhmischer Wald. Nichtpass. tausche um od. Geld zurück. Ausführliche Preisliste gratis.

**Kohle - Koks - Holz**  
liefern fuhren- und waggonweise  
**S. L. Reimann Söhne,**  
Prag II., Václavské nám. 47.  
Telephon Nr. 1673 und 4178. 92

**Sämtliche Druckaufträge**  
übernimmt 98  
**Lidová knihárna A. Nemet a spol.**  
(„Pravo Lidu“)  
PRAG II, Hybernská 7. = Tel. 4999.

**Gastwirtschaft „Lidový dům“**  
der Genossenschaft „Ganymed“  
Prag II., Hybernská 7. 8  
Genossen unterstützen das genossenschaftl. Unternehmen! Vorzüglicher Mittagstisch, Abendessen und Getränke, Trinkgelder aufgehoben!

**Kleiner Anzeiger**  
Beamter sucht schönes, möbliertes Zimmer mit elektrischem Licht. Antr. unter „Genosse“ an die Verw. d. Blattes.

**Erstklassige Kragenbüglerin**  
wird per 1. Oktober aufgenommen.  
**Chemische Reinigungs Friedrich Hänscher,**  
Znaim. 102

**Spezialhaus für Spitzen, Stickerei, Tulle Vorhänge**  
**A. R. Amschelberg**  
Prag, ulice 28. Filja 1.

**Ebermanns**  
Mundwasser — Zahnpulver das BESTE und BILLIGSTE zur täglichen Zahnpflege. 64  
Ermittlich in Apotheken, Drogerien, Parfümerien und Konsumvereinen.  
**Dr. Ebermann, Prag 619-1.**

**EGGER & Co.,**  
PRAG-KARLIN, Královská tř. 14.  
FABRIK PHARMANTISCHEM ZUCKERWAREN.  
Spezialitäten: 87  
Milch- und Kaffee-Karamellen, 140er Peppermint, Prominzen und englische Frucht-Droppe.  
Zu haben in allen Konsumvereinen.